

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
doc@pd.admin.ch

---

00.047 Krankenversicherungsgesetz. Änderung (Prämienverbilligung für  
Personen mit Wohnort in einem EG-Staat)

---



00.047 - Geschäft des Bundesrates.  
**Krankenversicherungsgesetz. Änderung (Prämienverbilligung für  
 Personen mit Wohnort in einem EG-Staat)**

Texte français

Zusammenfassung  
 der Beratungen

**Stand der Beratung** Erledigt

Botschaft vom 31. Mai 2000 betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung  
 (BBI 2000 4083)

**Vorlage 1**

Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)

**Chronologie:**

**20.09.2000 SR** Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

**25.09.2000 NR** Abweichend.

**27.09.2000 SR** Zustimmung.

**06.10.2000 SR** Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

**06.10.2000 NR** Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt 2000 5122; Ablauf der Referendumsfrist: 25. Januar 2001

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2002 858

**Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle**

<b>Zuständig</b>	Departement des Innern (EDI)
<b>Behandelnde Kommissionen</b>	<u>Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (SGK-NR)</u> <i>Antrag: Eintreten</i> <u>Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR (SGK-SR)</u>
<b>Behandlungskategorie NR:</b>	III, Reduzierte Debatte (Art. 68 GRN)

**Konnexe Geschäfte** 00.3422

<b>Deskriptoren</b>	Krankenversicherung; Krankenkassenprämie; ausländische/r Staatsangehörige/r; Grenzgänger/in; bilaterales Abkommen; Europäische Union;
---------------------	---

 Home

00.047 - Objet du Conseil fédéral.  
**Loi sur l'assurance-maladie. Modification (Réduction des primes des personnes résidant dans un Etat membre de la CE)**

Deutscher Text

Synthèse des  
délibérations

Etat actuel Liquidé

---

Message du 31 mai 2000 concernant la modification de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (FF 2000 3751)

**Projet 1**

Loi fédérale sur l'assurance-maladie

**Chronologie:**

20-09-2000 CE Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.

25-09-2000 CN Divergences.

27-09-2000 CE Adhésion.

06-10-2000 CE La loi est adoptée en votation finale.

06-10-2000 CN La loi est adoptée en votation finale.

Feuille fédérale 2000 4736; délai référendaire: 25 janvier 2001

Recueil officiel des lois fédérales 2002 858

**Bulletin officiel - les procès-verbaux**


---

<b>Compétence</b>	Département de l'intérieur (DFI)
<b>Commissions traitant l'objet</b>	<u>Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CN (CSSS-CN)</u> <i>Amendement:</i> Entrer en matière
<b>Catégorie objet CN:</b>	<u>Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CE (CSSS-CE)</u> III, Débat réduit (art. 68 RCN)

---

**Objets apparentés**                      00.3422

---

**Descripteurs**                              Krankenversicherung; Krankenkassenprämie; ausländische/r Staatsangehörige/r;  
Grenzgänger/in;  
bilaterales Abkommen; Europäische Union;

---

 Home

## 00.047      **Krankenversicherungsgesetz. Änderung (Prämienverbilligung für Personen mit Wohnort in einem EG-Staat)**

Botschaft vom 31. Mai 2000 betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (BBl 2000 4083)

### Ausgangslage

Am 21. Juni 1999 wurden die sieben sektoriellen Abkommen von der Schweiz, der Europäischen Gemeinschaft (EG) und ihren Mitgliedstaaten unterzeichnet. Das Volk hat am 21. Mai 2000 diesen Abkommen zugestimmt. Ziel eines dieser Abkommen, des Abkommens über die Freizügigkeit, ist die stufenweise Einführung der Freizügigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger der Schweiz und der EG-Staaten. Das Abkommen über die Freizügigkeit sieht unter anderem die Koordination der Sozialen Sicherheit nach dem Muster der in der EG geltenden Regelungen vor, damit der freie Personenverkehr nicht durch einschränkende sozialversicherungsrechtliche Regelungen behindert wird. Für den Bereich der Krankenversicherung ergeben sich dadurch verschiedene Neuerungen, einige davon werden in der vorliegenden Vorlage verankert. Den ersten Schwerpunkt der Vorlage bilden spezielle Bestimmungen über die Durchführung der Prämienverbilligung an versicherungspflichtige Personen mit Wohnort in einem Mitgliedstaat der EG (Art. 18 Abs. 2<sup>quater</sup>, Art. 18 Abs. 2<sup>quinquies</sup>, Art. 18 Abs. 5<sup>bis</sup>, Art. 65a, Art. 66 Abs. 3, Art. 66a und Art. 90a). Die Prämienverbilligung ist ein integrierender Bestandteil des derzeitigen Finanzierungssystems für die obligatorische Krankenpflegeversicherung. Sie trägt zur Stärkung der Solidarität unter Personen mit unterschiedlichen Einkommen bei und gilt als zentrales soziales Korrektiv im geltenden Kopfprämienystem. Auf Grund des Abkommens über die Freizügigkeit mit der EG muss die Schweiz Prämienverbilligungen an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen auch dann gewähren, wenn diese in der Schweiz versichert sind, aber in einem EG-Staat wohnen. Der Bundesrat hält bei der Erfüllung dieser Verpflichtung an der kantonalen Zuständigkeit für die Durchführung der Prämienverbilligung an versicherungspflichtige Personen mit einem aktuellen Anknüpfungspunkt an einen bestimmten Kanton (z.B. Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie deren Familienangehörige) fest. Die Finanzierung soll hier unter Anrechnung der neu versicherten Personen nach dem bestehenden Verteilschlüssel von Artikel 66 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Bund 2/3, Kantone insgesamt 1/3) erfolgen. Die Kantone sollen beim Vollzug dieser Aufgabe von der gemeinsamen Einrichtung KVG unterstützt werden. Für die versicherungspflichtigen Personen ohne einen aktuellen Anknüpfungspunkt an die Schweiz (Bezügerinnen und Bezüger einer Schweizer Rente sowie deren Familienangehörige) wird ein Bundesverfahren mit reiner Bundesfinanzierung geschaffen. Durchführungsstelle ist die gemeinsame Einrichtung KVG. Die konkrete Umsetzung des Bundesverfahrens wird auf Verordnungsebene erfolgen. Den zweiten Schwerpunkt der Vorlage bilden Massnahmen, welche sicherstellen, dass die neuen versicherungspflichtigen Personen, die in einem EG-Staat wohnen, bezüglich ihrer Versicherungspflicht in der Schweiz ausreichend informiert, kontrolliert und gegebenenfalls einem Versicherer zugewiesen werden (Art. 6a, Art. 18 Abs. 2<sup>bis</sup>, Art. 18 Abs. 2<sup>ter</sup> und Art. 18 Abs. 5<sup>bis</sup>). Auch bei diesen Massnahmen erfolgt eine Aufgabenteilung zwischen den zuständigen kantonalen Behörden und einer zentralen Bundesstelle: Die Kantone sind neu für die Information und Kontrolle der auf ihrem Gebiet erwerbstätigen, versicherungspflichtigen Grenzgängerinnen und Grenzgänger und deren Familienangehörige sowie für die versicherungspflichtigen Familienangehörigen von in ihrem Gebiet wohnenden Kurz- und Jahresaufenthaltern und -aufenthalterinnen und Niedergelassenen zuständig. Die gemeinsame Einrichtung KVG wird für den Bund die Informations- und Kontrollaufgaben betreffend die Rentnerinnen und Rentner und ihre Familienangehörigen wahrnehmen. Das Gesetz wird angesichts dessen, dass das Abkommen über die Freizügigkeit bereits auf den 1. Januar 2001 in Kraft treten könnte, als dringlich erklärt und in Abstimmung mit der Geltungsdauer des Abkommens über die Freizügigkeit auf sieben Jahre befristet.

### Verhandlungen

20.09.2000 SR Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

25.09.2000 NR Abweichend.

27.09.2000 SR Zustimmung.

06.10.2000 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (41:0)

06.10.2000 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (159:17)

Im **Ständerat** bezeichnete die Kommissionssprecherin Christine Beerli (R, BE) die Vorlage als eine zu erledigende Hausaufgabe. Durch den Abschluss des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU würden einige Änderungen im KVG nötig. Die Schweiz müsse aufgrund des Abkommens Prämienverbilligungen an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen gewähren, wenn diese in der Schweiz versichert sind aber in einem EG-Staat wohnen. Betroffen sind einerseits Personen mit einem aktuellen Anknüpfungspunkt an einen bestimmten Kanton. Darunter fallen Grenzgängerinnen und Grenzgänger und

deren Familien, sowie Personen, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung beziehen. Weiter sind auch Personen betroffen ohne Beziehung zu einem bestimmten Kanton. Es handelt sich hier um Bezügerinnen und Bezüger einer Schweizer Rente. Ein Antrag von Peter Briner (R, SH), der die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im Vollzug verbessern will, wurde oppositionslos angenommen. Bundesrätin Ruth Dreifuss betonte ihrerseits die Bedeutung der Information für das Funktionieren des Systems. Für die Berechnung der Prämienverbilligung werde eine gemeinsame Zentralstelle den Kantonen die nötigen Daten über die Kaufkraft und Kosten in verschiedenen Ländern bereitstellen. Die Vorlage wurde schliesslich mit 38 zu null Stimmen angenommen.

Im **Nationalrat** wies Kommissionssprecher Jost Gross (S, TG) darauf hin, dass die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen gleichzeitig mit dem bilateralen Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit in Kraft treten sollten. Ursprünglich war deshalb ein dringliches Bundesgesetz vorgesehen. Da sich aber das Inkrafttreten der bilateralen Abkommen verzögert hat sei die Dringlichkeit nicht mehr erforderlich. Barbara Polla (L, GE) qualifizierte die Vorlage als einen Teil des Preises, den die Schweiz für die bilateralen Abkommen zahlen müsse. Jean Fattebert (V, VD) hätte mit seiner Fraktion eine einfachere Lösung vorgezogen. Da aber nichts anderes übrig bleibe, stimme eine Mehrheit der SVP-Fraktion der Vorlage ohne Begeisterung zu. Stephanie Baumann (S, BE) begrüsst die vorgesehene Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, indem der Bund zuständig ist für die Prämienverbilligungen an Personen in einem EU-Land, die eine Schweizer Rente beziehen, aber keinen Bezug zu einem bestimmten Kanton haben. Der Rat überwies zudem ein Kommissionspostulat (00.3422), welches vom Bundesrat nach Ablauf von zwei Jahren einen Bericht über den Vollzug und die Auswirkungen der Umsetzung dieser Gesetzesänderungen verlangt. Die Vorlage wurde vom Nationalrat mit 126 zu null Stimmen angenommen.

Der **Ständerat** schloss sich in der Frage der Dringlichkeit dem Nationalrat an und wählte ebenfalls das ordentliche Verfahren der Inkraftsetzung.

---

00.047

**Prämienverbilligung für Personen  
mit Wohnort in einem EG-Staat.  
Änderung  
des Krankenversicherungsgesetzes  
Réduction des primes des personnes  
résidant dans un Etat membre de la CE.  
Modification  
de la loi sur l'assurance-maladie**

Botschaft des Bundesrates 31.05.00 (BBl 2000 4083)

Message du Conseil fédéral 31.05.00 (FF 2000 3751)

Ständerat/Conseil des Etats 20.09.00

Nationalrat/Conseil national 25.09.00

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.00

**Beerli Christine (R, BE)**, für die Kommission: Erlauben Sie mir kurz zwei Vorbemerkungen:

1. Es handelt sich hier nicht um eine absolut begeisternde Vorlage, aber es ist eine zu erledigende Hausaufgabe, die uns nach Abschluss des Personenfreizügigkeitsabkommens im Bereiche der bilateralen Verträge übrig geblieben ist.

2. Wir haben bei der ganzen Beratung der Vorlage in der Kommission sehr grosses Verständnis für die Vollzugsprobleme aufgebracht, die uns vonseiten der Kantone signalisiert worden sind. Wir haben mit einer Vertretung der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz ein Hearing gemacht. Es ist uns ein Anliegen, dass diesen Begehren, diesen Wünschen und diesen verständlichen Bedenken der Kantone in Bezug auf den Vollzug auch nachgekommen wird. Wir konnten einige dieser Bedenken direkt aufnehmen, ich werde in der Detailberatung darauf zurückkommen. Andere dieser Bedenken aus dem Gespräch wurden an die Verwaltung weitergeleitet, wurden auch positiv aufgenommen und werden dann im Rahmen der Verordnung umgesetzt werden können.

Worum geht es? Das vorliegende Gesetz, dem die Kommission einstimmig zugestimmt hat, betrifft einige Änderungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, die infolge des Abkommens über die Freizügigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger der Schweiz und der EG-Staaten nötig werden. Das Abkommen, das am 21. Juni 1999 unterzeichnet wurde und dem das Volk am 21. Mai 2000 zugestimmt hat, tritt voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres – man spricht vom 1. Mai 2001 – in Kraft. Es sieht unter anderem

die Koordination der sozialen Sicherheit nach dem Muster der in der EG geltenden Regelung vor.

Den ersten Schwerpunkt der Vorlage bilden Bestimmungen über die Durchführung der Prämienverbilligung an versicherungspflichtige Personen mit Wohnort in einem Mitgliedstaat der EG. Die Prämienverbilligung ist ein integrierender Bestandteil des Finanzierungssystems für die obligatorische Krankenversicherung. Sie gilt als soziales Korrektiv im geltenden System der Kopfprämien. Aufgrund des Abkommens muss die Schweiz Prämienverbilligungen an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen auch dann gewähren, wenn diese in der Schweiz versichert sind, aber in einem EG-Staat wohnen. Es handelt sich hierbei um zwei Kategorien von Personen, die neu der Versicherungspflicht unterstellt werden:

1. Personen mit einem aktuellen Anknüpfungspunkt an einen bestimmten Kanton. Darunter fallen Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die in der Schweiz arbeiten, sowie Bezügerinnen und Bezüger von Leistungen der Arbeitslosenversicherung;

2. Personen ohne aktuellen Anknüpfungspunkt an einen bestimmten Kanton. Es handelt sich um Bezügerinnen und Bezüger einer Schweizer Rente.

Bei beiden Kategorien müssen die nichterwerbstätigen Familienangehörigen ebenfalls versichert werden. Neu kommen auch die Familienangehörigen der Kurzaufenthalter sowie der Jahresaufenthalter und der Niedergelassenen dazu.

Den zweiten Schwerpunkt der Vorlage bilden Massnahmen, welche sicherstellen, dass die neuen versicherungspflichtigen Personen, die in einem EG-Staat wohnen, bezüglich ihrer Versicherungspflicht in der Schweiz ausreichend informiert, kontrolliert und gegebenenfalls einem Versicherer zugewiesen werden.

Welches sind die Probleme? Die Frage stellt sich, wie die Aufgabenteilung zwischen Kantonen und Bund bei der Durchführung dieser Massnahmen gestaltet werden soll. Bund und Kanton einigten sich darauf, dass die Kantone die Durchführung der Prämienverbilligung für Personen mit aktuellem Anknüpfungspunkt übernehmen, während der Bund für die Personen ohne aktuellen Anknüpfungspunkt – also die Rentnerinnen und Rentner – zuständig sein soll. Diese Kostenübernahme weicht vom geltenden Recht ab, welches eine ausschliessliche Kompetenz der Kantone bei der Gewährung von Prämienverbilligungen und bei der Kontrolle über die Einhaltung der Versicherungspflicht vorsieht. Sie erscheint jedoch sinnvoll, weil kein Grund besteht, Prämienverbilligungen an Rentnerinnen und Rentner nicht für alle in gleicher Weise durchzuführen. Zudem ist die Übernahme dieses Teils der Aufgabe durch den Bund als Entgegenkommen an die Kantone zu werten.

Während die Vorlage als Ganzes unbestritten ist, sind es einzelne Regelungen, die zu Diskussionen Anlass gaben. Insbesondere äusserten sich die in der Kommission angehörten Vertreter der Kantone besorgt über die Mitwirkungspflicht der betreffenden Stellen bei der Kontrolle der Versicherungspflichtigen. In der Detailberatung wird darauf einzugehen sein.

Als Letztes ist darauf hinzuweisen, dass die vorliegende Regelung nur Personen betrifft, die in Ländern wohnen, mit denen die Schweiz das Abkommen über die Freizügigkeit im Personenverkehr abgeschlossen hat. Länder, die in einem späteren Zeitpunkt der EU beitreten, sind von dieser Gesetzesänderung nicht erfasst.

Namens der einstimmigen Kommission bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten.

**Briner Peter (R, SH)**: Die von mir gestellten Anträge nehmen Anliegen der Konferenz der Kantonsregierungen auf, die eigentlich in der SGK hätten vorgebracht werden sollen. Die Kantone hatten dazu keine echte Chance, weil zu dieser Botschaft keine Vernehmlassung stattgefunden hat. Die Einladung zur Kommissionssitzung bzw. zu einem Hearing mit einer Frist von nur acht Tagen war eine Zumutung und nicht

dazu geeignet, Nägel mit Köpfen zu machen. Ich stelle diese Anträge heute im Plenum, im Wissen, dass dies nicht elegant ist. Ich tue dies, weil sie quasi einem Hilfeschrei der Kantonsregierungen, insbesondere der Verantwortlichen der Sozialdepartemente, entsprechen. Es handelt sich nicht um politische Fragestellungen, sondern um Regelungen, die den Vollzug der Bestimmungen dieser Gesetzesänderungen aus der Sicht der Kantone ermöglichen sollen. Es wird befürchtet, dass der Export der Prämienverbilligung ohne Nachbesserung kaum durchführbar wäre und zu Missbräuchen führen könnte. Meine Anträge liegen Ihnen vor. Es sind Anträge zu den Artikeln 6a, 18 und 61a sowie ein Eventualantrag. Ich werde nach den Ausführungen von Frau Bundesrätin Dreifuss darauf zurückkommen.

**Stähelin Philipp (C, TG):** Eine zu erledigende Hausaufgabe hat die Kommissionspräsidentin unseren Part genannt, und tatsächlich fehlte wohl die Begeisterung schon bei der Vorbereitung dieses Geschäftes. Bei der Diskussion der bilateralen Verträge und insbesondere des Freizügigkeitsabkommens war es stets offensichtlich, dass für die Umsetzung die Fragen der obligatorischen Krankenversicherung und vor allem der so genannte Export von Prämienverbilligungen an versicherungspflichtige Personen in der EG dornenvoll und problembehaftet sein würden. Die nun vorgeschlagenen Änderungen des KVG standen deshalb für die Kantone stets im Vordergrund des Interesses. Dabei hätten die Kantone von Anbeginn an gerne die gesamte Abwicklung und Finanzierung – Abwicklung von Information und Kontrolle der Versicherungspflicht dieser Personen in der EG und der Prämienverbilligung – dem Bund überlassen. Der Bund hat sich dagegen erfolgreich gestäubt und hätte ursprünglich – ich habe das in meiner früheren Funktion noch miterlebt – gerne alles den Kantonen übertragen, um nicht selbst in die Niederungen des Vollzuges hinabsteigen zu müssen.

Was nun vorliegt, stellt deshalb einen Kompromiss dar, auch wenn tatsächlich keine Vernehmlassung mehr stattgefunden hat – Kollege Briner hat darauf hingewiesen. Bund wie Kantone übernehmen je seinen bzw. ihren Part entsprechend den aktuellen Anknüpfungspunkten der fraglichen Personen gegenüber der Schweiz. Damit soll insgesamt der Vollzug möglichst einfach gestaltet werden.

Trotz des meines Erachtens durchaus tragfähigen Kompromisses – der Bund ist den Kantonen in weiten Bereichen durchaus entgegengekommen – ist es verständlich, dass die Gesetzesvorlage den Kantonen keine Freude bereitet. Sie werden durch die Komplexität der Vollzugsproblematik über die Kantons- und insbesondere die Landesgrenzen hinaus sehr stark gefordert und – dies ist absehbar – gewissermassen auch überfordert werden. Gewisse Vorschriften werden schlicht und einfach nicht lückenlos vollzogen werden können. Es geht also darum, insbesondere Informations- und Kontrollaufgaben möglichst gut – möglichst gut, aber nicht vollkommen – erfüllen zu können. Aus dieser Situation heraus wünschen die Kantone eine möglichst umfassende Mithilfe der angesprochenen Bundesinstanzen.

Viele Probleme werden sich aber erst im Laufe der Praxis zeigen. Der Bund muss also den Kantonen auch künftig im Vollzug unbürokratisch entgegenkommen, und dies gilt selbstverständlich auch umgekehrt. Möglicherweise muss der Bund auch recht bald wieder zu Gesetzesanpassungen bereit sein. Andere Probleme werden sich schon in der sich nun anbahnenden Einleitung und Vorbereitung des Vollzuges zeigen. Hier müssen Bundesinstanzen und Kantone in stetem Gespräch bleiben können. Möglicherweise könnten Anpassungen, wie vorgeschlagen, nun auch noch in die Beratungen des Zweitrates einfließen. Vor allen Dingen müssen der Bundesrat und das Parlament aber bereit sein, Probleme, die sich nun noch zeigen – offenbar gibt es bereits solche –, auf Verordnungsebene zu lösen. Die Gesetzesvorlage sollte dafür eine genügende Grundlage bieten. In diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten.

**Dreifuss Ruth, conseillère fédérale:** Le projet que nous vous soumettons maintenant est le résultat d'un premier es-

sai qui avait conduit le Parlement à demander au Conseil fédéral de revoir sa copie, de s'entendre avec les cantons et d'examiner dans quelle mesure un meilleur équilibre pouvait être trouvé entre les charges de la Confédération et des cantons. Le projet que nous vous présentons aujourd'hui est le résultat de ces discussions. S'il n'y a pas eu de procédure de consultation formelle, c'est quand même le résultat d'une appréciation commune de la situation de ce qui peut être fait. Vous l'avez entendu de la part de MM. Briner et Stähelin, les préoccupations sont aujourd'hui essentiellement de nature pratique et pragmatique: comment appliquer ce système?

Cependant, j'aimerais rappeler d'emblée qu'il ne s'agit pas des personnes dont un des membres de la famille, le chef de famille – si l'on peut encore utiliser cette expression un peu dépassée –, se trouve avoir une activité professionnelle en Suisse. Dans ces cas, on ne peut pas parler d'une exportation des primes. En effet, c'est cette personne-là qui, en Suisse, assure les membres de sa famille, comme le fait son collègue de travail, à quelques nuances près, qui vit avec sa famille en Suisse. Ce n'est pas de l'argent qui part à l'étranger, non, c'est une personne par laquelle passe l'ensemble des activités consistant à l'informer, à l'affilier à une caisse, lui et sa famille et, le cas échéant, à lui remettre, ou à son assureur, par le mécanisme que les cantons ont choisi pour leurs habitants, les subventions pour réduire ces primes. Donc, l'expression «exportation» doit dans ce cas être utilisée avec prudence.

Il y a un cas d'exportation, c'est vrai, et c'est celui où une personne ne vit plus en Suisse, n'a plus de liens actuels avec notre pays sur le plan de la localisation, mais a un lien formel parce qu'elle continue à bénéficier d'une rente de ce pays-ci. Dans ce cas, cette personne, qui ne vit plus en Suisse, dont les membres de la famille ne sont plus en Suisse, est assurée en Suisse à certaines conditions et elle est au bénéfice d'un mécanisme de subventionnement des primes. Il est normal dans ce cas – vous nous avez aidés à trouver cette solution – que ce soit la Confédération qui prenne en charge les questions administratives en rapport avec cette personne, ainsi que l'intégralité des charges financières. C'est ce partage des tâches, qui est le bienvenu, qui est le grand changement par rapport au premier projet que nous vous avons soumis.

On a parlé de la complexité de ce système. Il est vrai que ce système accroît un peu la complexité d'un système qui l'est déjà passablement en Suisse, mais je crois qu'il ne faut pas exagérer non plus la difficulté de la chose. Il s'agit d'informer clairement quel est le statut de ces personnes; il va changer d'ailleurs en fonction du pays de résidence. Est-ce que ces personnes doivent être obligatoirement assurées en Suisse? Est-ce qu'elles ont le choix de s'assurer dans leur pays de résidence ou en Suisse? Ou est-ce qu'elles sont automatiquement couvertes dans leur pays de domicile? Pour tout cet aspect de l'information, nous proposons que les cantons reçoivent les éléments nécessaires de la part d'une instance centrale, de façon à ne pas avoir eux-mêmes à s'informer. De même, nous mettons à disposition les formulaires de l'Union européenne, qui sont bien connus de tous les migrants de l'Union européenne.

Nous veillerons également à ce que les cantons – là, j'en viens au problème des subventions pour réduire les primes – n'aient pas à calculer eux-mêmes la situation en termes de pouvoir d'achat dans les pays de l'UE – il est prévu que l'Institution commune LAMal le fasse et mette ces données à disposition des cantons –, ni à savoir quels sont les coûts des traitements dans ces pays – ce sont les caisses-maladies qui vont devoir le faire.

Lorsqu'on parle d'information, il s'agit d'informer ces personnes quant à la possibilité ou à l'obligation de s'affilier en Suisse et au chemin qu'elles doivent parcourir pour trouver une caisse-maladie. Au cas où elles ne trouvent pas ce chemin toutes seules, il faut procéder à une affiliation d'office, comme cela se fait pour les habitants de Suisse. L'affiliation d'office auprès de la même caisse-maladie est simplifiée, puisqu'elle s'étend automatiquement à toutes les personnes de la même famille devant s'assurer en Suisse. La tâche

d'information, qui est une des tâches importantes – nous y reviendrons dans l'examen de détail – des cantons, est principalement une tâche de transmission d'une information fournie par les caisses, par l'Institution commune, avec l'aide de la Confédération.

La question de l'affiliation est simplifiée et c'est pourquoi nous avons choisi la même formulation pour cette catégorie d'assurés que pour les assurés ordinaires en Suisse. L'affiliation d'office se fait lorsqu'on a connaissance d'une lacune d'assurance. Il n'y a pas d'obligation, pour les cantons, de procéder pour cette catégorie de personnes à des investigations qui seraient plus lourdes que ne l'est l'obligation d'affilier les personnes qui sont domiciliées en Suisse. Sur ce plan aussi, cette complexité se révèle moins grande lorsqu'on voit concrètement de quoi il s'agit.

En ce qui concerne le système même par lequel les primes peuvent être réduites, la présidente de votre commission a fort bien dit quelle était notre préoccupation. Dans un système où on constate des différences très grandes d'un canton à l'autre, nous veillons à ce que des personnes proches soient traitées de la façon la plus semblable possible. En d'autres termes, deux rentiers qui se trouveraient en Espagne, par exemple, ne devraient pas être traités différemment parce leurs cantons de domicile en Suisse étaient, avant leur départ, deux cantons différents.

C'est la raison pour laquelle il est judicieux que la Confédération traite ces cas grâce à un système unique. De même, il serait malvenu que deux travailleurs vivant dans la même maison, voisins, collègues d'atelier se voient appliquer deux systèmes différents, ce qui aurait été le cas si les cantons avaient refusé de s'occuper des personnes qui ont un lien en Suisse. Nous avons donc ce principe: si deux personnes sont proches, elles sont au même régime et je crois que cela est tout à fait sensé. Cela signifie que le système de subventionnement des primes sera le même pour ces deux voisins. La seule différence que nous aménageons, pour tous les cantons, c'est la possibilité de verser les subsides pour les primes de cette catégorie de personnes, même si le système cantonal devait être un autre, sur requête uniquement et non automatiquement. Donc, vous voyez, encore une fois, quelle complexité il y a. C'est très agréable d'être un «Sonderfall», mais il est difficile de mettre notre pièce dans un puzzle lorsqu'elle est aussi différente de celle des autres pays. Nous faisons, à cause de nos accords avec l'Union européenne, une entorse à un des principes de la LAMal, celui de la territorialité, et nous garantissons ainsi une coordination avec le système européen.

Les difficultés qui peuvent se poser dans la pratique sont, je crois, mises en évidence. Mais il peut toujours s'en poser de nouvelles qui n'ont pas été prévues, M. Stähelin le sait bien, par expérience. Je le sais aussi. Il demande, d'un côté, que l'on puisse envisager des changements ultérieurs de la loi et, d'un autre, une collaboration des cantons pour la mise en place de l'ordonnance à venir.

Pour ce qui est de l'ordonnance qui concerne directement les cantons, il va de soi que nous ne pouvons pas imaginer mettre en place un système sans collaborer étroitement avec eux pour trouver les meilleures formules possibles.

En ce qui concerne des changements ultérieurs de la loi: oui, je crois qu'il faut partir de l'idée que des corrections pourraient être nécessaires au cours des prochaines années et, ce qui est important, c'est que nous puissions faire le point de la situation. Or, la commission du Conseil national – qui s'est déjà réunie, même si le Conseil national est deuxième Conseil – a déjà l'intention de nous demander, sous forme de postulat, qu'un rapport soit fait dans les deux ans sur la mise en place du système.

Nous avons bien sûr l'intention d'accepter ce postulat extrêmement sensé et de faire avec les cantons le rapport sur la mise en oeuvre, y compris sur la mise en oeuvre des voies de recours, qui nous permettra de savoir si des changements ultérieurs de la loi sont nécessaires.

Je puis donc, à ce stade, me contenter de dire que vous avez bien fait de nous demander de remettre l'ouvrage sur le métier.

Ce que nous vous présentons aujourd'hui est logique et applicable. Que l'enthousiasme ne soit pas débordant, je peux le comprendre parce que, finalement, c'est une loi qui doit régler des questions aussi terre à terre que: comment faire une information, comment veiller à ce que tout le monde soit assuré, et comment veiller à ce que le système de subventionnement des primes arrive effectivement – compte tenu des différences de pouvoir d'achat – aux personnes qui en ont besoin.

Donc, je ne vous demande effectivement pas d'enthousiasme, je vous demande d'entrer en matière et de discuter de ce projet.

**Briner Peter (R, SH):** Meine Anträge betreffen im Wesentlichen die Bestimmung der Akteure, die die Kantone zur Abwicklung dieser Geschäfte brauchen. Ich bin überzeugt, dass sich die Kantone und ihre kantonalen Ausgleichskassen die richtigen Überlegungen dazu gemacht haben. Dasselbe kann ich Ihnen, Frau Bundesrätin, auch nicht absprechen.

Ich bin mir auch bewusst, dass es einem Husarenritt gleichkäme, wenn ich nun gegen den Bundesrat und ohne Kommissionsberatung meine Anträge, d. h. diese «Kantonsanträge», durchboxen wollte. Wir würden uns in technischen Details verlieren, weil die Gesetzmechanismen hier nicht aufeinander abgestimmt sind.

Ich ziehe deshalb die Anträge zugunsten des Eventualantrages zurück. Dieser Eventualantrag korrespondiert mit der Lösung der nationalrätlichen SGK zum entsprechenden Artikel. Das ist in diesem Sinne auch schon mit dem Bundesrat abgesprochen.

Ich ziehe meine Anträge also zugunsten dieses Eventualantrages zurück, und zwar aufgrund der Zusage von Frau Bundesrätin Dreifuss, wonach die Vollzugsverordnung in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen noch ausgearbeitet wird.

**Präsident (Schmid Carlo, Präsident):** Wenn ich Herrn Briner richtig verstanden habe, sind seine Anträge zu Artikel 6a, Artikel 18 Absätze 2ter und 2quater sowie Artikel 61a zurückgezogen. Der Eventualantrag zu Artikel 18 Absatz 2quater wird aufrechterhalten.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

## **Bundesgesetz über die Krankenversicherung Loi fédérale sur l'assurance-maladie**

*Detailberatung – Examen de détail*

**Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ingress  
Antrag der Kommission  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates**

**Titre et préambule, ch. I introduction, préambule  
Proposition de la commission  
Adhérer au projet du Conseil fédéral**

*Angenommen – Adopté*

**Art. 4a  
Antrag der Kommission  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates  
Proposition de la commission  
Adhérer au projet du Conseil fédéral**

**Berli Christine (R, BE), für die Kommission:** Artikel 4a stellt eine Einschränkung des Wahrechtes dar. Die übrigen versicherungspflichtigen Familienangehörigen haben sich demselben Versicherer anzuschliessen wie das Familienmitglied, das die Versicherungspflicht begründet.

Diese Einschränkung rechtfertigt sich, weil damit ein besserer Versicherungsschutz für Familienangehörige garantiert werden kann. Auch entspricht sie dem Grundgedanken des Abkommens, wonach sich die Versicherungspflicht der Familienangehörigen von der Versicherungspflicht der erwerbstätigen oder Renten beziehenden Person ableitet.

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 6a

*Antrag der Kommission*

*Titel, Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

Die nach Absatz 1 vorgenommene Information gilt ....

*Abs. 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 4*

Die Versicherer geben der zuständigen kantonalen Behörde die für die Kontrolle der Einhaltung der Versicherungspflicht notwendigen Daten bekannt.

*Antrag Briner*

*Titel*

Information

*Abs. 1*

Die Information über die Versicherungspflicht obliegt für Personen:

a. die aufgrund einer Erwerbstätigkeit in der Schweiz versicherungspflichtig sind und in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union wohnen, den Kantonen in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern;

b. die aufgrund des Bezuges einer Leistung der schweizerischen Arbeitslosenversicherung versicherungspflichtig sind und in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union wohnen, den zuständigen Organen der ALV;

c. die aufgrund des Bezuges einer schweizerischen Rente ihren Wohnort von der Schweiz in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union verlegen, den Organen, die eine Rente einer obligatorischen Sozialversicherung ausrichten.

*Abs. 2bis*

Der Bund stellt die nötigen Informationen, Merkblätter und Formulare zur Verfügung.

*Abs. 3*

Die vom Kanton bezeichnete Behörde weist Personen einem Versicherer zu, wenn sie davon Kenntnis erhält, dass die Versicherungspflicht nicht erfüllt wird ....

#### Art. 6a

*Proposition de la commission*

*Titre, al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

L'information faite selon l'alinéa 1er ....

*Al. 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 4*

Les assureurs communiquent à l'autorité cantonale ....

*Proposition Briner*

*Titre*

Information

*Al. 1*

L'information sur l'obligation de s'assurer incombe:

a. aux cantons en collaboration avec les employeurs pour les personnes qui résident dans un Etat membre de la Communauté européenne et sont tenues de s'assurer parce qu'elles exercent une activité lucrative en Suisse;

b. aux organes compétents de l'AC pour les personnes qui résident dans un Etat membre de la Communauté européenne et sont tenues de s'assurer parce qu'elles perçoivent une prestation de l'assurance-chômage suisse;

c. aux organes qui versent la rente d'une assurance sociale pour les personnes qui sont tenues de s'assurer parce qu'elles touchent une rente suisse et qui transfèrent leur rési-

dence de la Suisse dans un Etat membre de la Communauté européenne.

*Al. 2bis*

La Confédération met à disposition les informations, brochures et formulaires nécessaires.

*Al. 3*

L'autorité désignée par le canton affilié d'office les personnes quand elle est informée que l'obligation de s'assurer n'est pas remplie ....

**Beerli** Christine (R, BE), für die Kommission: Artikel 6a statuiert eine Informationspflicht der Kantone. Bei allen Kategorien von Versicherungspflichtigen sind es die kantonalen Behörden, welche die betroffenen Personen auf ihre Versicherungspflicht aufmerksam machen müssen. Dabei gilt die Information automatisch auch für die Familienangehörigen dieser Personen. Die in der Schweiz erwerbstätigen Bürger und Bürgerinnen eines EG-Mitgliedstaates mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung unterliegen schon jetzt der kantonalen Kontrolle.

Neu müssen die Kantone auch den Beitritt zur obligatorischen Krankenpflegeversicherung der in der Schweiz erwerbstätigen Grenzgänger und Grenzgängerinnen kontrollieren. Da die Kantone diesen Personen eine Bewilligung ausstellen, sind sie in der Lage, die Einhaltung der Versicherungspflicht bei dieser Gruppe zu überprüfen.

Das Gleiche gilt für Personen, die eine Leistung der schweizerischen Arbeitslosenversicherung beziehen. Hier erfolgen Information und Kontrolle über die Kassen der ALV oder über die Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen. Neu müssen die Kantone auch Rentnerinnen und Rentner, die ihren Wohnsitz in einen Mitgliedstaat der EG verlegen, über die Versicherungspflicht informieren. Es steht den Kantonen frei, in welcher Form sie die Mitwirkung der Arbeitgeber, der Arbeitsvermittlungsstellen und der Organe der Sozialversicherung mit Informationsaufgaben regeln. Denkbar wäre, dass sie diese Stellen gegen eine angemessene Entschädigung mit Informationsaufgaben beauftragen.

In Absatz 3 wird festgehalten, dass die kantonalen Behörden Personen, die ihrer Versicherungspflicht nicht rechtzeitig nachkommen, einem Versicherer zuweisen müssen. Es versteht sich, dass sie dies nur tun können, wenn sie Kenntnis davon erhalten, dass jemand seine Versicherungspflicht nicht erfüllt hat.

Die Kommission schlägt zwei Änderungen vor. Absatz 2 hält fest, dass ein Kanton, der eine Person auf ihre Versicherungspflicht aufmerksam gemacht hat, auch seine Informationspflicht in Bezug auf die Angehörigen wahrgenommen hat. Hier hat die Kommission eine Verdeutlichung vorgenommen. In Absatz 4 hat die Kommission die Kann-Vorschrift durch eine Muss-Vorschrift ersetzt. Um den Kantonen ihre Informations- und Zuweisungspflicht zu erleichtern, sollen die Versicherer verpflichtet werden, die für die Kontrolle nötigen Daten bekannt zu geben.

**Dreifuss** Ruth, conseillère fédérale: J'aimerais dire quelques mots sur cet article, puisque c'est un des articles qui avait aussi fait l'objet des propositions Briner maintenant retirées. J'aimerais commenter ce que les cantons doivent faire et dans quelle mesure nous pouvons les aider.

Que les cantons informent les personnes qui sont tenues de s'assurer parce qu'elles exercent une activité lucrative en Suisse, je crois que cela est très facile à faire. Les personnes sont, aujourd'hui encore et pendant cinq ans, soumises à un régime d'autorisation lorsqu'elles viennent en Suisse. Cela signifie tout simplement qu'on les rend attentives à leur statut particulier et à l'obligation de s'assurer en Suisse en fonction des Etats de provenance.

En ce qui concerne les personnes qui seraient à l'étranger au bénéfice de prestations de l'assurance-chômage suisse, il s'agit de personnes qui ont retiré leurs documents d'établissement en Suisse et qui sont parties à l'étranger, mais pour une période de trois mois seulement, parce qu'au-delà, elles ne sont plus au bénéfice de l'assurance-chômage

suisse. Ces personnes-là sont dans la même situation qu'une personne qui aurait quitté la Suisse définitivement. Il s'agit de les informer, au moment où elles quittent la Suisse, de la nécessité de maintenir l'assurance en Suisse.

En ce qui concerne les personnes qui sont tenues de s'assurer parce qu'elles touchent une rente suisse et qui vivent dans un Etat membre de l'Union européenne, nous avons bien précisé que c'est au moment où elles transfèrent leur domicile qu'il y a une obligation des cantons. On est donc de nouveau dans le domaine du contrôle de l'habitant. Il est intéressant de savoir dans quelle mesure nous pourrions demander aux assurances sociales qui versent ces rentes, d'abord de veiller à ce que les personnes qui sont aujourd'hui dans ces pays soient informées, au moment de l'introduction du nouveau régime, et de savoir dans quelle mesure elles peuvent appuyer les cantons à l'avenir ou appuyer l'Institution commune qui, elle, veillera à affilier ces personnes ou à leur verser des subsides pour réduire les primes. Dans le cadre de la discussion sur l'ordonnance, il faudra prévoir qu'il n'appartiendra pas aux cantons d'informer les personnes qui sont déjà à l'étranger et qui n'ont plus de lien avec la Suisse. Il s'agit d'une mesure transitoire qui doit être réglée de façon centralisée, de même que la manière par laquelle les assurances sociales peuvent soutenir les cantons ou prendre le relais une fois que les personnes sont installées à l'étranger. Sur ce plan, la volonté de coopérer est donnée, de même que la volonté de mettre à disposition toutes les informations – sous forme de circulaires, de directives, etc. – qui seront utiles aux cantons. Nous ne pouvons pas mettre à disposition les formulaires proprement dits que les cantons remettront aux assurés, mais ce n'est pas là le problème principal.

A partir du moment où la loi sera adoptée, nous veillerons à soutenir les cantons dans cette tâche.

**Präsident** (Schmid Carlo, Präsident): Der Antrag Briner ist zurückgezogen worden.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission  
Adopté selon la proposition de la commission*

**Art. 18 Abs. 2bis, 2ter, 2quater, 2quinquies, 5bis**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Briner*  
**Abs. 2ter**

.... wohnen, einem Versicherer zu, wenn sie davon Kenntnis erhalten hat, dass sie ihrer Versicherungspflicht nicht nachkommen.

**Abs. 2quater**

.... Europäischen Gemeinschaft wohnen, und bei der damit zusammenhängenden Abklärung der Verhältnisse im Einzelfall. Die Kantone können ihr weitere Aufgaben übertragen.

*Eventualantrag Briner*  
**Abs. 2quater**

.... Europäischen Gemeinschaft wohnen. Die gemeinsame Einrichtung kann gegen Entschädigung weitere Vollzugsaufgaben übernehmen.

**Art. 18 al. 2bis, 2ter, 2quater, 2quinquies, 5bis**  
*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Briner*  
**Al. 2ter**

.... européenne quand elle a été informée que ces personnes n'ont pas donné suite à l'obligation de s'assurer.

**Al. 2quater**

.... de la Communauté européenne et dans l'enquête sur la situation particulière. Les cantons peuvent leur confier d'autres tâches.

*Proposition subsidiaire Briner*

**Al. 2quater**

.... de la Communauté européenne. L'Institution commune peut assumer d'autres tâches d'exécution contre indemnisation.

**Beerli** Christine (R, BE), für die Kommission: In Artikel 18 werden die neuen Aufgaben der gemeinsamen Einrichtung festgehalten. Sie nimmt bei den versicherungspflichtigen Rentnerinnen und Rentnern die Aufgaben wahr, die bei den Erwerbstätigen und ALV-Berechtigten die Kantone durchführen. Zusätzlich unterstützt sie die Kantone bei der Durchführung der Prämienverbilligung. Insbesondere wird diese Einrichtung Berechnungsunterlagen für die Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten bzw. der Kaufkraft in den EG-Staaten zuhanden der Kantone bereitstellen.

Der Artikel war in der Kommission unbestritten. Der Zusatz, wie er nunmehr im Eventualantrag Briner enthalten ist, lag der Kommission nicht vor und konnte dort nicht besprochen werden. Er entspricht jedoch dem Zusatz, der in der nationalrätlichen Kommission beschlossen worden ist. Meiner persönlichen Ansicht nach wäre es ohne weiteres möglich, diesen Zusatz aufzunehmen.

**Dreifuss** Ruth, conseillère fédérale: L'Institution commune jouera un rôle important dans ce système, un rôle de récolte d'information et de diffusion de l'information. C'est l'Institution commune qui permettra à la Confédération de jouer son rôle dans l'affiliation des personnes bénéficiant d'une rente et vivant à l'étranger, donc des personnes n'ayant plus de liens géographiques avec la Suisse.

Des propositions qui auraient consisté à donner des tâches d'office à cette Institution commune étaient pour nous inacceptables, parce qu'il s'agit d'une institution de droit privé. C'est l'Institution commune des caisses-maladie. Mais il est clair que cette institution qui, même si la tâche sera difficile, est certainement satisfaite de l'enrichissement de ses activités et du rôle qu'elle peut jouer, peut naturellement aussi rendre des services au cantons, mais cela se fera sous une forme contractuelle. L'Institution commune doit pouvoir dire non et doit recevoir rémunération, dans ce cas, pour ses services. C'est ce qu'exprime votre proposition subsidiaire. Nous pouvons tout à fait l'accepter; c'est dans le respect du rôle de l'Institution commune, mais c'est aussi pour signaler qu'elle peut rendre des services et que nous l'acceptons.

**Präsident** (Schmid Carlo, Präsident): Herr Briner hat den Hauptantrag zurückgezogen.

*Abs. 2bis, 2quinquies, 5bis – Al. 2bis, 2quinquies, 5bis*  
*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2ter – Al. 2ter*  
*Angenommen gemäss Antrag der Kommission*  
*Adopté selon la proposition de la commission*

*Abs. 2quater – Al. 2quater*  
*Angenommen gemäss Eventualantrag Briner*  
*Adopté selon la proposition subsidiaire Briner*

**Art. 61a**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Briner*  
**Titel**

Beziehung zu Versicherten mit Wohnort in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft

**Wortlaut**

Alle Rechte und Pflichten aus diesem Gesetz werden für Familienangehörige einer aufgrund einer Erwerbstätigkeit in der Schweiz, des Bezuges einer schweizerischen Rente oder einer Leistung der schweizerischen Arbeitslosenversicherung versicherten Person über diese Person rechtsgenügend erfüllt.

**Art. 61a***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Briner**Titre*

Relations avec les assurés qui résident dans un Etat membre de la Communauté européenne

*Texte*

Tous les droits et obligations découlant de la présente loi pour les membres de la famille d'une personne qui est assurée parce qu'elle exerce une activité lucrative en Suisse, parce qu'elle touche une rente suisse ou parce qu'elle perçoit une prestation de l'assurance-chômage suisse, seront pris en charge par cette personne.

**Beerli Christine (R, BE)**, für die Kommission: Artikel 61a hält fest, dass auch die Prämien der Familienangehörigen bei der Person erhoben werden, die die Versicherungspflicht nach KVG durch Erwerbstätigkeit in der Schweiz, Bezug einer schweizerischen Rente oder von Geldern der ALV begründet. Die Bestimmung dient der Sicherung des Inkassos. Sie stützt sich auf den Grundsatz der schweizerischen Rechtsprechung, wonach Versicherungsprämien der Familienangehörigen während des Zusammenlebens der Ehepartner unter den laufenden Bedürfnissen der Familie zu subsumieren sind und jeder Ehegatte in diesem Rahmen haftbar gemacht werden kann.

Zur Vollstreckung: Die EG-Verordnung Nr. 1408/71 sieht vor, dass man bei Beiträgen an die Sozialversicherung über die Grenzen vollstrecken kann. Dies gilt für alle Versicherungszweige. Es ist vorgesehen, sicherheitshalber noch Zusatzabkommen mit den einzelnen EU-Staaten abzuschliessen.

**Dreifuss Ruth**, conseillère fédérale: Deux remarques. L'une, c'est que le principe que l'on trouve à l'article 61a vaut pour l'ensemble de cette population. Il n'y a qu'une personne qui est l'interlocutrice, si l'on peut dire, du système suisse, et c'est la personne qui vit et/ou qui travaille en Suisse – je pense aussi aux frontaliers. Il n'y a donc pas de lien direct de l'autorité avec les membres de la famille. Il y a un lien direct avec l'assurance, mais j'aimerais vous rappeler que cette dernière va prendre en charge les soins dans le pays de résidence de ces personnes, et non pas en Suisse, le cas de la Suisse étant pour ces personnes le même que pour tout autre ressortissant de l'Union européenne: les seuls cas d'urgence. C'est la coopération internationale qui joue dans le domaine de la prise en charge. Le lien vaut pour l'information, pour l'affiliation et pour les subventions visant à réduire les primes.

La deuxième remarque me permet de rappeler que le nombre de personnes qui entrent en ligne de compte – et je l'ai laissé entendre tout à l'heure – ne concerne pas l'ensemble des familles des personnes qui travaillent en Suisse, puisque la plupart des pays européens ont prévu de maintenir leur population dans leur système d'assurance – c'est le cas de tous ceux qui ont un système national de santé: le Portugal, les pays scandinaves, le Royaume-Uni – et que d'autres laissent le choix à ces personnes d'être affiliées en Suisse ou dans leur pays: Allemagne, Autriche, Italie. Nous supposons que nombre de frontaliers allemands et autrichiens préféreront rester dans leur système plutôt que de s'affilier au système suisse. Cela confirme que la chose sera complexe mais que le nombre de personnes ne sera pas démesuré.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission**Adopté selon la proposition de la commission***Art. 65a***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Beerli Christine (R, BE)**, für die Kommission: Für Versicherte mit einem aktuellen Anknüpfungspunkt an einen bestimmten Kanton sollen die Kantone für die Durchführung und Finanzierung der Prämienverbilligung zuständig sein. Neu kommen die Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit ihren Familienangehörigen sowie die Personen, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung beziehen und in einem EU-Mitgliedstaat wohnen, hinzu. Neu hinzu kommen aber auch die Familienangehörigen von Kurz- und Jahresaufenthaltern und von Niedergelassenen. Die Erfassung von Familienangehörigen von Kurzaufenthaltern dürfte in der Praxis schwierig sein. Funktionieren kann das System nur dann, wenn die Berechtigten Antrag auf Prämienverbilligung stellen. Dies könnte für jene Kantone ein Problem bedeuten, die in ihrem Prämienverbilligungssystem nicht nach dem Antragssystem, sondern nach dem System der automatischen Ermittlung mit Verfügung vorgehen. Sie würden die in den EU-Staaten wohnhaften Versicherten anders behandeln als jene, die in der Schweiz wohnen. Dass diese Ungleichbehandlung unter den gegebenen Umständen zulässig ist, ist sachlich gerechtfertigt und soll auf Verordnungsebene ausdrücklich gestattet werden.

*Angenommen – Adopté***Art. 66 Abs. 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 66 al. 3***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Beerli Christine (R, BE)**, für die Kommission: Hier soll ein zusätzliches Kriterium in den Verteilschlüssel aufgenommen werden, der die Anteile der einzelnen Kantone am Bundesbeitrag festsetzt: die Versichertenkategorie der Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Dies wird zu einer Entlastung der betroffenen Grenzkantone führen. Vor allem die an Frankreich grenzenden Kantone werden vermutlich zusätzliche Mittel benötigen. Während nämlich die in den übrigen Anrainerstaaten wohnhaften Personen ein Wahlrecht zwischen den verschiedenen Versicherungssystemen haben, legt das Abkommen mit Frankreich fest, dass sich die Grenzgängerinnen und Grenzgänger dem schweizerischen Krankenversicherungssystem anzuschliessen haben.

**Dreifuss Ruth**, conseillère fédérale: Je confirme uniquement qu'avec trois de nos Etats frontaliers, la liberté de choix est assurée. En ce qui concerne la France, elle ne s'est pas annoncée, dans une annexe de l'accord, pour dire qu'elle laissait la liberté de choix à ses habitants, comme l'a dit Mme Beerli. La situation en France fait l'objet actuellement d'un rapport d'experts à l'intention du Gouvernement et il se peut que, dans ce domaine, il y ait des changements ultérieurs. Il s'agit d'une question purement franco-française, puisqu'il s'agit de savoir si ce pays souhaite se mettre au bénéfice d'une dérogation ouvrant la liberté du choix ou souhaite continuer à être au régime de base du système de coordination des assurances sociales, qui est de lier la protection d'assurance au lieu de l'activité professionnelle ou au lieu de vie lorsqu'on touche une rente.

Nous aurons donc peut-être, dans ce domaine, une évolution qui ne touche absolument pas notre législation. Elle toucherait uniquement la législation française et l'annonce, ensuite, d'un tel changement.

*Angenommen – Adopté***Art. 66a***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Beerli Christine (R, BE)**, für die Kommission: Artikel 66a unterliegt der Ausgabenbremse, das wurde versehentlich auf der Fahne nicht vermerkt.

Für Versicherte ohne einen aktuellen Anknüpfungspunkt an die Schweiz soll der Bund für die Durchführung und Finanzierung der Prämienverbilligung zuständig sein. Der Bund übernimmt auch die der gemeinsamen Einrichtung dadurch erwachsenden Verwaltungskosten. Vorgesehen sind ein reines Antragsystem und die Ausrichtung der Prämienverbilligung an die Versicherer.

Die in der Regel hohe Kaufkraft einer Schweizer Rente im benachbarten Ausland lässt eher tiefe Bezugsquoten erwarten. Das BSV rechnet mit jährlich 5 bis 8 Millionen Franken, die der Bund zu tragen haben wird. Dazu kommen die Kosten für mindestens fünf Stellen, die bei der gemeinsamen Einrichtung zur Durchführung der Prämienverbilligung für Rentnerinnen und Rentner nötig sein werden, das entspricht 600 000 bis 700 000 Franken, und für zwei Stellen zur Unterstützung der Kantone bei ihren zusätzlichen Aufgaben, das entspricht etwa 350 000 Franken im Jahr. Auch die Rekursbehörde rechnet mit einem Mehrbedarf von etwa zwei Personen, deren Kosten vom Bund zu übernehmen sind.

*Angenommen – Adopté*

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses*

*Abstimmung – Vote*

Für Annahme der Ausgabe .... 37 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht*

*La majorité qualifiée est acquise*

#### **Art. 90a**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Beerli Christine (R, BE)**, für die Kommission: Artikel 90a regelt das Beschwerderecht. Gegen Verfügungen der gemeinsamen Einrichtung kann Beschwerde bei der Eidgenössischen Rekurskommission der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung für die im Ausland wohnenden Personen erhoben werden.

Ansonsten habe ich keine Bemerkungen zu machen.

*Angenommen – Adopté*

#### **Ziff. II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Ch. II**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Präsident (Schmid Carlo, Präsident)**: Gemäss Artikel 35 Absatz 1 GVG wird bei Entwürfen zu Bundesgesetzen, die dringlich erklärt werden sollen, die Dringlichkeitsklausel von der Gesamtabstimmung ausgenommen. Wir verzichten daher für den Moment auf die Behandlung von Ziffer III.

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes .... 38 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*Abschreibung – Classement*

*Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse  
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires  
selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*

00.047

**Prämienverbilligung für Personen  
mit Wohnort in einem EG-Staat.  
Änderung  
des Krankenversicherungsgesetzes  
Réduction des primes des personnes  
résidant dans un Etat membre de la CE.  
Modification  
de la loi sur l'assurance-maladie**

Botschaft des Bundesrates 31.05.00 (BBI 2000 4083)  
Message du Conseil fédéral 31.05.00 (FF 2000 3751)

Ständerat/Conseil des Etats 20.09.00

Nationalrat/Conseil national 25.09.00

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.00

Ständerat/Conseil des Etats 06.10.00

Nationalrat/Conseil national 06.10.00

**Gross Jost (S, TG), für die Kommission:** Ich möchte zum Eintreten hier folgendes festhalten: Die Verpflichtung zur Änderung des KVG im Zusammenhang mit der Prämienverbilligung für Personen mit Wohnort in einem EG-Staat ergibt sich aus dem bilateralen Abkommen mit der EU betreffend Personenfreizügigkeit. Dieses Abkommen verlangt eine Koordination der Einrichtungen der sozialen Sicherheit. Der freie Personenverkehr soll nicht durch einschränkende sozialversicherungsrechtliche Regelungen behindert werden. Insofern ist das Eintreten auf diese Gesetzgebungsmaterie eine zwingende völkerrechtliche Verpflichtung, die sich aus diesem bilateralen Abkommen ergibt. Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission deshalb auch unbestritten; ein Rückweisungsantrag Bortoluzzi wurde zurückgezogen. Ich gestatte mit noch eine Bemerkung zur zeitlichen Dringlichkeit: Diese Gesetzesänderungen sollten gleichzeitig mit dem bilateralen Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit in Kraft treten. Das Problem ist kleiner geworden: Ursprünglich war ein dringliches Bundesgesetz vorge-

sehen; das ist jetzt nicht mehr erforderlich, weil sich das Inkrafttreten der bilateralen Abkommen verschoben hat, mit Sicherheit bis zum 1. Juli 2001.

Zum Inhalt: Nach dem Willen der Vertragsstaaten ergibt sich die sozialversicherungsrechtliche Anspruchsberechtigung aus der Anknüpfung an den Arbeitsort, auch wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen in einem EU-Staat wohnen. Das trifft zum Beispiel für Grenzgängerinnen und Grenzgänger zu. Umgekehrt haben Rentnerinnen und Rentner, die in der Schweiz gearbeitet und gewohnt haben und das Alter in einem EU-Staat verbringen, gleichfalls Anspruch auf Prämienverbilligung. Hier wird an den früheren Wohnort angeknüpft.

Obschon es sich um eine staatsvertragliche Verpflichtung handelt, ist eine formellgesetzliche Grundlage dieser Bestimmungen und somit eine Änderung des KVG notwendig. Eine blosser Verordnung des Bundesrates genügt nicht, und zwar vor allem aus folgenden Gründen:

1. Die Prämienverbilligung fällt, wie allgemein bekannt sein dürfte, grundsätzlich in den Kompetenzbereich der Kantone, natürlich immer im Rahmen des Gesetzes.

2. Dort, wo nun der Bund die Prämienverbilligung und die damit zusammenhängende Finanzierung übernimmt – also bei Personen ohne Arbeits- und Wohnsitzanknüpfung in der Schweiz bzw. an einen Kanton, zum Beispiel eben bei Rentnerinnen und Rentnern, die in einem EU-Staat wohnen –, wird demnach eine neue Bundesaufgabe kreiert, die einer formellgesetzlichen Grundlage bedarf.

3. Das Verfahren vor der gemeinsamen Einrichtung mit dem entsprechenden Rechtsmittelverfahren bedarf nach Artikel 164 der Bundesverfassung sowie gemäss Lehre und Rechtsprechung einer formellgesetzlichen Grundlage.

Im Laufe der Beratungen in der Kommission hat sich die Frage ergeben, ob weitere Verfahrensbestimmungen in diesem Gesetz geregelt werden müssen. Es haben auch die Kantone, vor allem die Grenzkantone, auf gewisse Probleme, vielleicht auf neue Probleme, die durch das bilaterale Abkommen entstehen, im Vollzug der Prämienverbilligungen hingewiesen. Die Kommission war aber klar der Auffassung, dass diese berechtigten Sorgen und Anliegen vom Bundesrat durchaus im Rahmen des Verordnungsrechtes geregelt werden können. Im Übrigen, ich weise darauf hin, hat die Kommission ein Postulat gutgeheissen, das ursprünglich von den Kollegen Felix Gutzwiller und Rudolf Rechsteiner initiiert wurde, wonach die Auswirkungen des bilateralen Abkommens mit den EU-Staaten auf die Prämienverbilligungen nach zwei Jahren durch einen bundesrätlichen Bericht dargelegt werden sollen. Dann können auch – möglicherweise, wenn sich das aufdrängt – gewisse Änderungen vorgesehen werden.

Zu den Grundzügen der Regelung ist Folgendes zu sagen: Die Kantone sind zuständig für Personen mit Arbeits- oder Wohnortsanknüpfung, das heisst, für Kurz- und Jahresaufenthalter, Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie Bezüger einer Leistung der Arbeitslosenversicherung. Das Verfahren der Prämienverbilligung richtet sich dabei nach dem jeweils anwendbaren kantonalen Recht, wobei das durch das bilaterale Abkommen gewährleistete Diskriminierungsverbot von EU-Angehörigen selbstverständlich respektiert werden muss. Bei der Prämienverbilligung mit kantonalen Anknüpfung und Zuständigkeit übernimmt der Bund zwei Drittel der Finanzierung der Prämienverbilligung, der jeweils zuständige Kanton ein Drittel. Die Übernahme einer finanzpolitischen Mitverantwortung der Kantone ergibt sich im Wesentlichen daraus, dass die Kantone ja auch die Arbeitskraft der in der Schweiz arbeitenden Personen nutzen und von deren Steuersubstrat und Konsumkraft profitieren. Der Bund demgegenüber ist zuständig für die in der EU wohnenden Personen ohne aktuelle Anknüpfung an die Schweiz bzw. an einen bestimmten Kanton. Hier übernimmt der Bund die volle Finanzierung. Sodann ist beim Vollzug ein Bundesverfahren vorgesehen, insbesondere das Antragsystem, die Mitwirkungspflicht der Versicherten usw.

Der Vollzug obliegt der gemeinsamen Einrichtung; das ist eine Einrichtung, die das Konkordat der Schweizerischen

Krankenkassen – das dafür prädestiniert ist – auch für andere Aufgaben zur Verfügung stellt.

Die Rechtspflege ist bundesrechtlich geregelt. Einer Verfügung der gemeinsamen Einrichtung folgt allenfalls das Einspracheverfahren vor dieser Instanz, der Weiterzug des Einspracheentscheides an die Eidgenössische AHV/IV-Rekurskommission für die im Ausland wohnenden Personen – auch das war folgerichtig, weil diese mit dieser Materie ja vertraut ist – und schliesslich noch die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Eidgenössische Versicherungsgericht.

Hier darf ich gleich – um Zeit zu sparen, dies auch im Sinne des Präsidenten – darauf hinweisen, dass sich gegenüber den Fassungen des Bundesrates und des Ständerates eine einzige Änderung ergeben hat, in Artikel 18 Absatz 2 quater nämlich. Es ist vorgesehen, dass die gemeinsame Einrichtung, selbstverständlich gegen Entschädigung, zusätzliche Aufgaben der Kantone übernehmen kann. Dieser Antrag wurde oppositionslos genehmigt, und auch im Ständerat dürfte er auf keinerlei Widerstand stossen.

Auch bei der Gesamtstimmung über dieses Gesetz war die Zustimmung dann, mit 19 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen, deshalb sehr klar.

**Guisan Yves** (R, VD), pour la commission: L'Accord sur la libre circulation des personnes prévoit, à son article 8 sur la coordination des systèmes de sécurité sociale, que les parties règlent entre autres les modalités destinées à assurer l'égalité de traitement, la détermination de la législation applicable, le paiement des prestations aux personnes résidant sur le territoire des parties contractantes, ainsi que l'entraide entre les autorités administratives et les institutions. Le principe de non-discrimination est réaffirmé à l'article 9 alinéa 2 de l'annexe II à cet accord, enfin la directive CEE No 1408/71 stipule que le rattachement à l'assurance-maladie s'opère d'après le lieu de travail et non le pays de résidence.

Il en résulte, sur le plan pratique, les éléments suivants:

1. Les bénéficiaires d'une rente suisse ou du chômage résidant dans un pays de l'Union européenne sont tenus, eux et leur famille, de s'assurer auprès d'une caisse-maladie suisse.

2. Les frontaliers et leur famille sont tenus de s'assurer en Suisse, à moins que leur pays de résidence ne leur en offre le choix. Il s'agit en particulier de l'Allemagne, de l'Autriche et de l'Italie, mais pas de la France. Les frontaliers français doivent obligatoirement s'assurer en Suisse.

3. Ces personnes ont droit, comme les Suisses, à une réduction des primes si elles remplissent les conditions nécessaires.

Le Conseil fédéral avait proposé, dans le but de remplir ces différentes exigences, un nouvel article 66a faisant obligation aux cantons d'accorder les réductions de primes à tout résident dans un Etat de l'Union européenne, selon les modalités définies à l'article 66 LAMal, à savoir deux tiers par la Confédération et un tiers par les cantons.

Nous avons rejeté cette modification. L'OFAS a alors entrepris une nouvelle ronde de négociations avec la Conférence des directeurs cantonaux des affaires sanitaires. Il en est résulté que les cantons doivent assumer la gestion des réductions de primes des assurés qui ont un lien direct avec eux, c'est-à-dire les frontaliers et leur famille. Par contre, ils ont refusé à juste titre d'entrer en matière sur la problématique posée par les résidents de l'Union européenne au bénéfice d'une rente, et par conséquent sans lien particulier avec un canton. Cet aspect du problème sera donc du ressort de la Confédération, en l'occurrence de l'institution commune des assureurs, mentionnée à l'article 18 LAMal.

Il en résulte un certain nombre d'autres modifications de la LAMal. Il incombe en effet aux caisses-maladie de calculer des primes en fonction des coûts de la santé et du pouvoir d'achat dans les différents Etats de l'Union européenne. Pour des raisons pratiques facilement compréhensibles, les personnes ayant l'obligation de s'assurer en Suisse et leurs familles doivent avoir recours au même assureur. Le recou-

vement des primes ne peut en effet se faire qu'auprès des assurés travaillant en Suisse ou auprès des bénéficiaires de rentes, celui-ci pouvant être manifestement plus problématique lorsqu'il s'agit des familles n'exerçant pas d'activité lucrative et résidant dans un Etat de l'Union européenne.

Il en découle également un devoir d'information concernant l'obligation de s'assurer dont la responsabilité est confiée essentiellement aux cantons. Ils ont en effet accès aux données des personnes qui y travaillent, des personnes qui touchent des prestations de chômage par le biais de leurs offices régionaux de placement et, enfin, des rentiers qui ont décidé de transférer leur domicile dans l'Union européenne. Les tâches de l'Institution commune mentionnées à l'article 18 doivent être précisées pour permettre de libérer certains requérants de l'obligation de s'assurer, de procéder à l'attribution à une assurance des rentiers qui tardent à s'assurer et enfin pour soutenir les cantons le cas échéant. Tout ceci demande que la Confédération revoise ses bases de calcul dans l'attribution des subsides destinés à la réduction des primes, conformément à l'article 66 alinéa 3 LAMal que j'ai déjà mentionné, en prenant en compte l'ensemble des assurés en plus de la capacité financière du canton.

Enfin, ces problèmes complexes nécessitent bien entendu une nouvelle définition des voies de recours, en particulier pour les rentiers domiciliés dans l'Union européenne.

Votre commission s'est très longuement penchée sur ces diverses dispositions, en particulier sur leurs répercussions potentielles sur les cantons. L'entrée en matière n'a pas été contestée. Lors de l'examen de détail, le débat est resté très animé et toujours sur ce même thème. Sans entrer dans les détails, la commission s'est largement ralliée à la version de la commission du Conseil des Etats et, dans un deuxième temps, à la décision du Conseil des Etats lui-même qui en a débattu la semaine passée.

Elle vous propose donc d'approuver le projet tel que présenté, par 19 voix contre 1 et avec 3 abstentions, à l'issue du premier débat. Elle s'est ralliée sans autre à la décision du plénum du Conseil des Etats mercredi dernier, car il n'y a aucune différence matérielle quelconque entre la proposition de votre commission et celle qui a été avalisée par le plénum du Conseil des Etats.

Deux problèmes doivent malgré tout encore être mentionnés:

1. celui de l'urgence, qui n'est certainement plus réalisée dès lors qu'une éventualité de l'entrée en vigueur des accords bilatéraux le 1er janvier 2001 est nulle. L'administration a proposé d'y renoncer, pour autant que les travaux avancent rapidement de manière à permettre la mise en place de ces dispositions dans les délais requis;
2. le Conseil fédéral fixera l'entrée en vigueur pour qu'elle coïncide avec celle des accords, d'où une formulation correspondante dans les dispositions finales.

**Heberlein Trix (R, ZH):** Im Namen der FDP-Fraktion beantrage ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten, und sie so, wie sie vom Ständerat verabschiedet wurde, zu genehmigen. Auf die Dringlichkeit kann bekanntlich verzichtet werden; wir haben dies auch so beantragt. Sie wäre notwendig gewesen, wenn die bilateralen Verträge, wie ursprünglich beabsichtigt, am 1. Januar 2001 in Kraft treten würden.

Das System der Prämienverbilligung ist integrierender Bestandteil der Finanzierung der Krankenkassenprämien und muss daher auch auf die Personen mit Wohnsitz in einem EU-Staat und auf ihre Familienangehörigen, falls diese nach KVG versichert sind, angewendet werden. Entscheidend für die Umsetzung ist dabei die Praktikabilität, die Gewährleistung der für die Kantone notwendigen Unterstützung administrativer Art, beispielsweise die Informationspflicht der Versicherten und ihrer Familienangehörigen mit Wohnsitz in einem EU-Staat. Die Kassen ihrerseits haben den kantonalen Behörden die für die Kontrolle notwendigen Auskünfte und Daten bekannt zu geben. Die gemeinsame Einrichtung der Versicherungen unterstützt dafür die Kantone und sie kann für die Vollzugsaufgaben vertraglich Aufgaben über-

nehmen – dafür muss sie gemäss Artikel 18 Absatz 2quater entschädigt werden.

Zu dieser Übernahme von Zusatzaufgaben – die auf Antrag der Kommission in die Gesetzesrevision hineinkam – sind für mich noch einige Fragen offen. Denn die gemeinsame Einrichtung, Frau Bundesrätin, konnte ja zu diesem Zusatzartikel nicht befragt werden. Ich denke, die Formulierung, so wie sie jetzt im Gesetz enthalten ist, ist relativ offen.

Die gemeinsame Einrichtung soll aber nicht für irgendwelche Aufgaben beigezogen und von den Kantonen genutzt werden. Aufgrund der Gesetzessystematik, nämlich Prämienverbilligung durch die Kantone, können ihr nur wenige Aufgaben auf diesem Gebiet übertragen werden, und nur solche, die unmittelbar damit zu tun haben. Oder ist es zum Beispiel auch möglich, dass einzelne Kantone ihr die Durchführung übertragen würden – vollständig?

Diese Fragen sind für die gemeinsame Einrichtung noch offen. Es wäre sinnvoll, wenn sie vor dem Inkraftsetzen des revidierten Gesetzes und der Verordnung beantwortet werden könnten.

Hat z. B. die gemeinsame Einrichtung auch die Kompetenz für den Erlass einer Verfügung oder kann sie nur die Vorbereitungsarbeiten – Datenerhebung und Datenkontrolle – übernehmen? Wie soll der Anspruch auf Entschädigung berechnet werden? Es ist anzunehmen, dass hier ein Tarif nach effektivem Aufwand gilt, wenn es vertragliche Absicherungen sind, und nicht ein Tarif, der generell für die Kantone festgesetzt werden soll. Mit unserer Formulierung ist sicher die Festsetzung der Ist-Kosten gemeint. Der Aufwand für die Aufgaben, die – je nach Kanton – übertragen werden, ist ja sehr unterschiedlich.

Ich nehme an, dass die gemeinsame Einrichtung im Rahmen der Vertragsfreiheit eine Aufgabenübernahme aber auch ablehnen kann, wenn sie überlastet ist. Das sind Fragen, die wir hier beantworten sollten, damit nicht die Kantone und die gemeinsame Einrichtung diese Fragen klären bzw. sich darüber streiten müssen.

Da es sich ja um eine Kann-Bestimmung handelt – ich habe es erwähnt –, kann eine Übernahme der Aufgabe beispielsweise auch bei Grenzgängern oder bei nicht erwerbstätigen Familienangehörigen unter Umständen abgelehnt werden.

Weil wir hier in der Gesetzgebung in der Kommission ohne Rückfragen vorgegangen sind – und wegen der Bedenken der Kantone, die ihre Aufgabe als recht aufwändig betrachteten –, wäre ich froh, wenn diese Fragen noch beantwortet werden könnten. Die Finanzierung dieser Prämienverbilligung – auch das muss hier festgehalten werden – erfolgt nach demselben Schlüssel wie die Prämienverbilligung im Inland: Zwei Drittel durch den Bund, ein Drittel durch die Kantone. Dass diese Summe nicht erhöht wird, kann sich selbstverständlich so auswirken, dass in den einzelnen Kantonen, die eine grosse Anzahl von Grenzgängern haben, welche unter diese Prämienverbilligung fallen, die Summe für die Inländer reduziert werden muss.

Im Übrigen ist auch festzuhalten, dass der Titel der Vorlage eigentlich sehr eng gefasst ist. Denn neben der Prämienverbilligung wird ja auch die Wahl des Versicherers bestimmt, und es werden die Kontrolle sowie die Aufgaben der gemeinsamen Einrichtung festgelegt.

Insgesamt beantragt Ihnen die FDP-Fraktion, auf diese Vorlage einzutreten, den einzelnen Artikeln, wie sie vom Ständerat beschlossen wurden, zuzustimmen und die Vorlage in der Gesamtabstimmung gutzuheissen. Wir hoffen aber auf einen pragmatischen Ansatz bei der Umsetzung. Wir hoffen, dass die Probleme, die beim Vollzug sicher entstehen werden, mit den Kantonen, welche einen erheblichen zusätzlichen Aufwand erhalten, einvernehmlich gelöst werden können.

**Polla Barbara (L, GE):** La modification de la loi fédérale sur l'assurance-maladie qui nous est proposée aujourd'hui est une première concrétisation de la conclusion des accords bilatéraux, et spécifiquement de celui concernant la libre circulation des personnes.

Pendant la campagne pour l'acceptation de ces accords bilatéraux, les libéraux, outre leur europhilie, ont très clairement mis en avant l'argument économique. En effet, les accords bilatéraux sont bons pour l'économie suisse, ils sont bons pour les entreprises suisses et pour la Suisse en général. Et depuis hier, avec le rejet de l'initiative populaire dite des 18 pour cent, dont nous nous félicitons, nous pouvons à nouveau respirer. La Suisse ne s'est pas contredite, à quelques mois d'intervalle. Au contraire: elle a confirmé une fois de plus sa volonté d'ouverture et il devient désormais urgent d'arriver à la concrétisation de tous les accords, et notamment de celui sur la libre circulation.

Evidemment, à côté de tous les avantages économiques des accords bilatéraux, il y a cependant aussi un petit prix à payer. Cela paraît bien naturel et nous ne l'avons jamais caché. Le message du 23 juin 1999 relatif à l'approbation des accords sectoriels entre la Suisse et la CE estimait à 21 millions de francs les coûts supplémentaires que les cantons devraient assumer en rapport avec la réduction des primes de l'assurance-maladie. Les chiffres d'aujourd'hui ne sont pas très différents de ceux du message du 23 juin 1999, et – encore une fois nous le savions – il n'y a aucune raison de s'opposer à cet investissement aujourd'hui.

La réduction des primes de l'assurance-maladie concerne essentiellement deux groupes de personnes, comme cela a été bien expliqué par les rapporteurs. A savoir: les familles des personnes qui se trouvent en Suisse et acquièrent le revenu nécessaire à leur famille, c'est-à-dire l'épouse et les enfants restés au pays, et les personnes qui n'ont plus d'activité lucrative mais dont l'essentiel des revenus dus à la sécurité sociale est payé par la Suisse, c'est-à-dire les rentiers qui touchent une rente en Suisse, indépendamment de leur nationalité. Après une négociation serrée, le poids financier de la réduction des primes a été réparti entre la Confédération et les cantons, selon la volonté de ces derniers, qui n'étaient en effet pas prêts à financer l'octroi des réductions de primes à des personnes sans liens actuels avec la Suisse. La modification de la loi proposée tient compte de la volonté des cantons, une procédure cantonale n'étant donc retenue que pour les personnes ayant actuellement un lien avec un canton donné.

L'attribution de l'exécution de la réduction des primes à l'institution commune, fondation créée par les assureurs-maladie, entraînera des coûts administratifs supplémentaires raisonnables et paraît adéquate.

Parmi les questions débattues en cours d'élaboration du projet, il est intéressant de rappeler que même si le texte de la modification mentionne la Communauté européenne, il n'y a pas lieu de s'inquiéter au sujet de l'extension éventuelle de la prise en charge prévue à d'autres pays qui adhèreraient ultérieurement à la Communauté européenne. En effet, les accords bilatéraux doivent être individuellement ratifiés par les 15 pays aujourd'hui membres et ne sauraient s'appliquer sans autre à tout éventuel futur membre de l'Union européenne.

A l'exception de la France, les pays limitrophes les plus importants pour la Suisse dans cette affaire, à savoir l'Italie, l'Autriche et l'Allemagne, ont tous trois décidé d'offrir le libre choix à leurs résidents de s'affilier au système national ou au système suisse. On peut espérer que la France finisse par en faire autant, et l'on peut se poser la question de savoir s'il ne serait pas adéquat que la Suisse soit plus active pour influencer la décision française dans ce sens, plutôt que d'attendre que des dizaines de milliers de frontaliers français descendent dans la rue parce que le système suisse reste trop cher pour eux, même en tenant compte des réductions de primes.

Concernant l'information qui est l'un des points essentiels de la modification de la loi, on aimerait évidemment savoir non seulement comment elle sera faite, mais surtout comment son efficacité sera contrôlée, car c'est bien de l'efficacité de cette information que dépendra en fin de compte l'accès concret aux réductions de primes pour tous ceux dont les revenus le justifient. Et le groupe libéral espère que le postulat de la commission, qui demande un rapport dans deux ans,

tiendra également compte de cet aspect spécifique de l'information.

En ce qui concerne finalement l'urgence et la date d'entrée en vigueur, le groupe libéral soutiendra les propositions de la commission du Conseil national qui paraissent les plus adéquates en fonction de la situation actuelle.

En conclusion, le groupe libéral approuve la modification proposée, si tant est qu'elle fait partie des mesures de concrétisation attendues et indispensables à la mise en oeuvre de l'accord sur la libre circulation des personnes.

**Fattebert Jean (V, VD):** La majorité du groupe de l'Union démocratique du centre se rallie au projet du Conseil fédéral, mais ce n'est pas sans quelques hésitations et beaucoup d'abstentions qui se sont manifestées lors de notre séance de groupe. Nous ne contestons pas l'obligation liée aux accords bilatéraux, lesquels nous obligent à prendre en charge les personnes concernées et à assumer la totalité ou une partie de leurs primes d'assurance-maladie.

Par contre, nous aurions préféré une solution plus simple. Le projet qui consiste à avoir des personnes prises en charge par l'un ou l'autre des cantons et d'autres par la Confédération, nous est apparu compliqué et sujet à des contestations ou à des palabres.

Dans un premier temps, nous avons déposé une proposition de renvoi au Conseil fédéral, qui tendait à proposer de prendre ces personnes en charge par la Confédération, à des conditions uniformes. On aurait peut-être évité des discriminations. Cette proposition a été retirée au vu des arguments donnés et compte tenu du postulat qui demande une évaluation du fonctionnement après deux ans. Nous espérons simplement que la pratique démontrera que nos craintes étaient infondées.

Je vous recommande donc du bout des lèvres d'accepter ce projet tel qu'il est présenté.

**Fasel Hugo (G, FR):** Das Schweizer Volk hat zu Beginn dieses Jahres die bilateralen Verträge grossmehrheitlich angenommen. Damit wird auch der freie Personenverkehr in Kraft treten, der auch Auswirkungen auf die Sozialversicherungen haben wird.

In diesem Geschäft geht es um die Anpassungen im Krankenversicherungsbereich, nämlich um die Prämienverbilligung für Personen in schwierigen, in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, die im Ausland wohnen. Diese Verbilligungen gehen zu zwei Dritteln zulasten des Bundes und zu einem Drittel zulasten der Kantone. Die Hauptfrage ist, wie die Durchführung organisiert werden soll. Hier hat man festgelegt, dass dort, wo ein Anknüpfungspunkt in einem Kanton besteht – insbesondere bei Grenzgängern, Grenzgängerinnen und ihren Familienangehörigen –, dies über die Kantone geschehen soll. Dort wo dieser Anknüpfungspunkt nicht gegeben ist, beispielsweise wenn jemand als Rentner oder Rentnerin im Ausland wohnt, soll dies über die Bundesebene stattfinden.

Die grüne Fraktion empfiehlt Zustimmung zu dieser Vorlage, weil der Bundesrat hier konsequent und zügig vollzieht, was die Schweiz über die bilateralen Verträge als Verpflichtung und Aufgabe eingegangen ist.

Wir können auch feststellen, dass die Kosten für diese Prämienverbilligungen nicht so hoch ausfallen, wie das seinerzeit, noch vor der Abstimmung über die bilateralen Verträge, befürchtet wurde. Wir stellen fest, dass Leute aus Ländern wie Italien, Deutschland, Österreich – unseren Nachbarländern, aus welchen wir viele ausländische Personen in der Schweiz haben, die auf der anderen Seite der Grenze wohnen – von ihren dortigen Krankenversicherungssystemen Gebrauch machen werden, weil dies wesentlich günstiger ist als das schweizerische System und deshalb die Schweiz hier kaum Prämienverbilligungen zu bezahlen haben wird.

Die grüne Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb Zustimmung zur Vorlage und ist auch damit einverstanden, dass die Kantone bei der Durchführung mit einbezogen werden, anstatt dass – wie das teilweise gewünscht wurde – alles dem Bund über-

bürdet würde, denn wir haben bei der Prämienverbilligung ein föderales System. Folgendes kommt hinzu: Wenn wir die Prämienverbilligung nur über den Bund durchführen würden, würden wir gewisse Personen ungleich behandeln. Wir hätten eine Ungleichbehandlung von Personen mit gleichem Einkommen, einzig und allein deshalb, weil die einen die Prämienverbilligung durch den Bund erhielten und die anderen durch die Kantone.

Namens der grünen Fraktion empfehle ich Ihnen, für Eintreten zu stimmen und der ganzen Vorlage zuzustimmen.

**Baumann** Stephanie (S, BE): Es ist bereits gesagt worden: Wir haben hier noch eine Pendenz aus den Beratungen über die bilateralen Verträge abzutragen.

Sie erinnern sich vielleicht: Beim Abkommen über die Personenfreizügigkeit waren die Räte nicht einverstanden mit dem bundesrätlichen Vorschlag, dass die Kantone für die Durchführung der Prämienverbilligung für Versicherte mit Wohnort in einem EU-Staat zuständig sein sollten. Der Bundesrat wurde beauftragt, eine zweckmässigere Lösung vorzulegen, was er nun auch getan hat.

Der Bund übernimmt einen Teil der neuen Verpflichtungen, nämlich die Prämienverbilligung für Bezüger und Bezügerinnen einer schweizerischen Rente, weil die Rentner und Rentnerinnen keinen aktuellen Bezug zu einem Kanton mehr haben.

Die Versicherten jedoch, die in der Schweiz arbeiten und im Ausland wohnen, die so genannten Grenzgänger und Grenzgängerinnen, haben sehr wohl einen aktuellen Bezug zu einem Kanton; zu dem Kanton nämlich, in dem sie arbeiten. Es ist ja auch dieser Kanton, der ihnen eine Bewilligung ausstellt. Deshalb drängt es sich auf, dass die Kantone für diese Kategorie von Versicherten die Prämienverbilligung durchführen, wie sie es auch für die in ihrem Hoheitsgebiet wohnhaften Versicherten tun.

Wir waren uns in der Kommission sehr wohl bewusst, dass mit dieser Regelung eine neue und nicht immer ganz einfache Aufgabe auf die Kantone zukommen wird. Wir sind aber – nach intensivster Diskussion – zum Schluss gekommen, dass die Kantone jetzt zwingend in diesen sauren Apfel beißen müssen, wenn wir nicht das ganze System der Prämienverbilligung umkrempeln wollen.

Die Kantone haben sich in der Vergangenheit ja mit Erfolg dafür gewehrt, dass die Abwicklung der Prämienverbilligung in ihre Kompetenz fällt; sie haben sich auch dafür gewehrt, dass sie das Verfahren möglichst frei wählen und ihren eigenen kantonalen Gegebenheiten anpassen können.

Wir von der SP-Fraktion hätten übrigens in diesem Bereich sehr gerne eine einheitlichere Bundeslösung gesehen oder noch besser: ein sozialeres System der Prämienhebung, das die nachträgliche Verbilligung obsolet machen würde.

Es geht aber heute nicht darum, irgendwie Rache an den Kantonen zu üben, es geht vielmehr darum, denjenigen Personen, die sich aufgrund des Freizügigkeitsabkommens neu in der Schweiz versichern können, auch die ihnen zustehende Prämienreduktion zu gewähren, und dies mit einer möglichst einfachen Regelung.

Wir befinden heute über die gesetzliche Grundlage, und wir können – das ist bereits gesagt worden – verschiedene Wünsche der Kantone bezüglich Vollzug hier und heute nicht aufnehmen. Wir waren uns aber bereits in der Kommission einig, dass bei der Ausarbeitung der Verordnung eng mit den Kantonen zusammengearbeitet werden soll. Wir wissen auch, dass sich erst mit der Zeit zeigen wird, wo die konkreten Durchführungsprobleme liegen könnten, und wir haben deshalb in der Kommission ein Postulat formuliert, das der Bundesrat entgegenzunehmen bereit ist. Der Bundesrat wird uns in zwei Jahren einen Bericht über die Umsetzung dieser KVG-Revision vorlegen, damit wir gegebenenfalls, wenn sich Schwierigkeiten zeigen sollten, reagieren könnten.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dieser Vorlage zu, so wie sie aus dem Ständerat gekommen ist.

**Widrig** Hans Werner (C, SG): Die CVP-Fraktion befürwortet das vorliegende Gesetz nach der ständerätlichen Fassung. Der Ständerat ist ja in Artikel 18 dem Anliegen der Kantone entgegengekommen. Es wird dort ergänzt, dass die gemeinsame Einrichtung gegen Entschädigung weitere Vollzugsaufgaben übernehmen kann.

Wir müssen bereit sein, wenn das Gesetz, ausgelöst durch die bilateralen Verträge, in Kraft tritt. Im Falle des Rekurses müssten wir uns mit den rechtlichen Ansprüchen auseinandersetzen. Die Dringlichkeit ist für mich also eine faktische, keine politische.

Wir unterstützen auch das Postulat der SGK (00.3422). Die Auswirkungen vor allem auf die Kantone sind ungewiss und auch unterschiedlich, so dass eine Beurteilung nach zwei Jahren über die Auswirkungen der Umsetzung dieser KVG-Revision notwendig ist.

Zusammenfassend: Unterstützung der Vorlage und des Postulates.

**Dreifuss** Ruth, conseillère fédérale: Je crois que l'information a été excellente et que vous êtes bien conscients que la solution que nous vous présentons est très différente de celle que nous vous avons présentée la première fois. Je reconnais très humblement que vous avez bien fait de rejeter notre première version, de nous renvoyer à nos chères études et de nous obliger à vous présenter une autre solution. Celle-ci nous semble aujourd'hui plus logique et plus praticable.

Je suis heureuse que personne n'ait utilisé le terme d'«exportation des réductions de primes», parce qu'il ne s'agit pas réellement de cela, en tout cas pas pour la majorité des personnes concernées. La majorité des personnes concernées travaillent ou vivent en Suisse. Ces personnes sont les interlocutrices du système suisse d'assurance-maladie. Au nom de leur famille, elles font valoir des droits en Suisse. Je crois qu'il est très important de le souligner pour montrer que la tâche qui incombe aux cantons n'est pas aussi compliquée que les cantons semblent le penser aujourd'hui, c'est en tout cas notre appréciation.

Il s'agit de traiter de la même façon deux collègues de travail, deux voisins éventuellement, par rapport à l'obligation de s'assurer, puis à la possibilité de réduction des primes. Nous pensons que l'équité s'en trouvera appliquée aussi bien que possible dans un système fédéraliste. Des collègues de travail, des voisins de palier seront traités de la même façon, à ceci près que l'on tiendra compte de la différence de pouvoir d'achat entre la Suisse et le pays de résidence de la famille, que l'on tiendra compte du coût du système de santé dans le pays où réside la famille pour fixer le montant des primes et le droit aux réductions de primes le cas échéant.

Nous avons donc une nouvelle formulation qui traite de la même façon, canton par canton, les personnes qui ont un point d'attache en Suisse. La Confédération prend en charge toutes les personnes qui n'ont pas de point d'attache en Suisse, c'est-à-dire les personnes qui, touchant une rente suisse, vivent dans un pays de l'Union européenne. Voilà donc le mécanisme ou le partage du travail que nous avons mis en place.

La question est de savoir comment aider les cantons à remplir leur tâche.

Nous pensons que les cantons peuvent être aidés de façon importante par les caisses-maladie. C'est elles qui vont calculer les primes en fonction d'informations qu'elles ont sur les coûts de la santé dans les pays concernés. En ce qui concerne l'information des personnes quant à leur obligation d'être assurées dans le système suisse, qui est quelque chose de nouveau car, jusqu'à présent, nous avions la territorialité comme principe, nous pensons que le système, qui repose essentiellement sur les cantons, sur les autorisations d'être assurées dans le système suisse, qui est quelque chose de nouveau car, jusqu'à présent, nous avions la territorialité comme principe, nous pensons que le système, qui repose essentiellement sur les cantons, sur les autorisations de séjour, pendant cinq ans encore sur les autorisations de travail puisqu'elles restent encore en vigueur, devra aussi être réglé au niveau de l'ordonnance. Nous avons l'intention

de nous entendre avec les cantons, pour que ces ordonnances soient le plus simple possible.

Il est clair aussi que les cantons informeront les personnes qui quittent la Suisse à un moment donné, les rentiers dont je parlais tout à l'heure, et que les cantons n'ont plus d'obligation une fois que ces personnes ont quitté la Suisse. C'est tout simplement l'information qui doit être donnée au moment où l'on retire les papiers qui justifient d'un établissement en Suisse ou dans un canton particulier.

Nous pensons donc que les tâches ne seront pas trop lourdes. Nous devons aussi trouver avec les cantons une solution pour informer toutes les personnes qui sont actuellement à l'étranger. Je suis persuadée que nous pourrions nous appuyer très largement sur les institutions qui versent les rentes.

Donc, nous allons chercher, dans le sens que nous recommandait Mme Heberlein, des solutions pragmatiques et en ce qui concerne l'ordonnance, nous allons collaborer avec les cantons pour la mettre au point.

En ce qui concerne le rôle de l'Institution commune, Mme Heberlein a posé un certain nombre de questions; je comprends qu'elle les ait posées comme la manifestation d'une certaine surprise de la part de l'Institution commune de pouvoir être sollicitée de remplir des tâches au-delà de celles qui sont définies ici pour les cantons. La formule que nous avons choisie laisse toute liberté à l'institution d'accepter ou de refuser de remplir de telles tâches. Nous allons avoir le temps – dans une discussion globale et non pas par des négociations bilatérales entre l'Institution commune et chaque canton en particulier – de voir quels sont les principes selon lesquels de tels services peuvent être rendus.

J'aimerais ajouter deux choses. La question du caractère d'urgence: nous nous rallions bien sûr à cette proposition, qui, en fait, émane de l'administration. Inutile de faire entrer en vigueur une loi de façon précipitée, et de réduire donc les possibilités de référendum immédiat, si cela n'est pas nécessaire. L'évolution des ratifications dans les pays européens nous montre aujourd'hui que cela n'est pas nécessaire et que la procédure normale est tout à fait possible. Mais je remercie les deux Chambres d'avoir néanmoins accepté de traiter les choses à la même session. L'information joue un rôle tellement essentiel pour la mise en place harmonieuse de cette nouvelle réglementation que plus nous avons de temps, plus vite nous pouvons nous mettre au travail, mieux cela est.

Il me suffit de dire que nous acceptons très volontiers le postulat de votre commission. C'est une excellente idée de nous demander de faire un rapport dans deux ans sur l'application de cette modification de la loi, et je le conçois aussi comme une invitation à revenir auprès de vous pour la modifier, si besoin est, ou pour remettre sur le métier l'ordonnance, si l'on voyait qu'il y avait un obstacle.

J'aurais encore un point à ajouter, Monsieur le Président, concernant la situation d'un pays voisin qui, contrairement à nos trois autres pays voisins, ne laisse pas la liberté de choix aux frontaliers: il s'agit de la France. J'aimerais souligner d'abord que le principe est que chaque pays décide de façon souveraine s'il veut faire valoir la règle générale – et la règle générale, c'est l'attachement au système d'assurance du pays où la personne a son activité professionnelle – ou s'il ne souhaite pas appliquer cette règle générale – soit parce qu'il souhaite laisser la liberté de choix à ses résidents, soit parce qu'il préfère affirmer qu'il prend en charge toutes les personnes sur son territoire et qu'il renonce donc à toute possibilité que ces personnes soient affiliées au système suisse.

Ces trois possibilités existent et chaque pays, de façon souveraine, par une inscription dans – je ne sais pas si le terme technique est juste – un protocole additionnel ou par un acte souverain, manifeste le choix qu'il fait.

L'Italie, l'Autriche, l'Allemagne, pour ne citer que nos voisins, ont fait le choix de laisser la liberté aux personnes résidant dans leur pays. La France qui, pour d'autres accords concernant les frontaliers avec la Belgique, l'Espagne et l'Allemagne, avait souhaité au contraire pratiquer la règle générale, a

automatiquement considéré qu'il en était de même pour la Suisse. Les frontaliers français qui travaillent en Suisse ont le sentiment que le choix, qui est encore réservé aux autres frontaliers, devrait aussi leur être accordé.

Je ne suis pas sûre que tous feront une bonne affaire, parce que les deux systèmes sont tellement différents que, selon la situation, il peut être très avantageux d'être dans le système suisse ou, dans une autre situation, de porter son choix sur le système français. La transparence des deux systèmes n'est peut-être pas totale et le coût du système français n'apparaît pas toujours de façon évidente. La comparaison ne peut certainement pas être faite au détriment de la Suisse qui serait dans tous les cas plus chère. Mais les frontaliers, pour toutes sortes de raisons, exigent cette liberté de choix.

C'est une affaire franco-française et nous avons tout simplement signalé à Paris, à plusieurs reprises, que nous étions ouverts à tous les choix que pourrait faire la France, que nous serions immédiatement disposés à appliquer également aux personnes qui habitent en France la possibilité d'un choix. J'aurai l'occasion, de même que mes collaborateurs, de rencontrer d'ici une à deux semaines les deux experts que le gouvernement français a engagés pour faire la comparaison entre les deux systèmes et pour entrer en dialogue avec les frontaliers qui travaillent en Suisse. Nous sommes très heureux de cette occasion de montrer ce qu'est le système suisse. Sans vouloir nous immerger dans les affaires intérieures françaises, je ne peux que répéter ici que nous sommes tout disposés à appliquer immédiatement – et si cela était souhaité, même dès l'entrée en vigueur des accords bilatéraux – le choix de la France, même s'il n'était pas encore entériné officiellement par le Comité mixte. Le choix de la France sera le nôtre, et nous espérons qu'il correspondra aux intérêts des frontaliers. Nous en sommes persuadés, puisque c'est à la France de veiller sur les intérêts de ceux-ci.

Voilà la raison pour laquelle nous pensons que nous pourrions nous mettre au travail pour une mise en vigueur harmonieuse de cette innovation, si vous entrez en matière sur ce projet de modification de la loi sur l'assurance-maladie et si vous acceptez les propositions faites par votre commission.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

## **Bundesgesetz über die Krankenversicherung Loi fédérale sur l'assurance-maladie**

*Detailberatung – Examen de détail*

**Titel und Ingress, Ziff. 1 Einleitung; Ingress; Art. 4a; 6a; 18 Abs. 2bis, 2ter, 2quater, 2quinqüies, 5bis; 61a; 65a; 66 Abs. 3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Titre et préambule, ch. I introduction; préambule; art. 4a; 6a; 18 al. 2bis, 2ter, 2quater, 2quinqüies, 5bis; 61a; 65a; 66 al. 3**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 66a**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses**Abstimmung – Vote*

Für Annahme der Ausgabe .... 133 Stimmen  
Dagegen .... 1 Stimme

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht*

*La majorité qualifiée est acquise*

**Art. 90a; Ziff. II***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 90a; ch. II***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Ziff. III***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

*Abs. 2*

Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

**Ch. III***Proposition de la commission**Al. 1*

La présente loi est sujette au référendum facultatif.

*Al. 2*

Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble* *S. Anhang*

*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00.047/792)*

Für Annahme des Entwurfes .... 126 Stimmen

(Einstimmigkeit)

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*

**Siebente Sitzung – Septième séance**

Mittwoch, 27. September 2000  
Mercredi, 27 septembre 2000

08.00 h

petit peu plus de temps pour nous entendre avec les cantons sur certains des points auxquels ils nous ont rendus attentifs.

*Angenommen – Adopté*

00.047

**Prämienverbilligung für Personen  
mit Wohnort in einem EG-Staat.  
Änderung  
des Krankenversicherungsgesetzes  
Réduction des primes des personnes  
résidant dans un Etat membre de la CE.  
Modification  
de la loi sur l'assurance-maladie**

*Differenzen – Divergences*

Botschaft des Bundesrates 31.05.00 (BBI 2000 4083)  
Message du Conseil fédéral 31.05.00 (FF 2000 3751)

Ständerat/Conseil des Etats 20.09.00

Nationalrat/Conseil national 25.09.00

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.00

Ständerat/Conseil des Etats 06.10.00

Nationalrat/Conseil national 06.10.00

**Bundesgesetz über die Krankenversicherung  
Loi fédérale sur l'assurance-maladie**

**Ziff. III**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Ch. III**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Beerli** Christine (R, BE), für die Kommission: Ich bitte Sie, sich hier dem Nationalrat anzuschliessen. Die Dringlichkeit ist nicht mehr gegeben, da die bilateralen Verträge mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht auf den 1. Januar 2001 in Kraft treten werden, sondern aller Voraussicht nach im Lauf des Frühjahres 2001. Deshalb können wir dieses Gesetz im ordentlichen Verfahren in Kraft setzen.

**Stähelin** Philipp (C, TG): Ich möchte mich nicht widersetzen, mache aber darauf aufmerksam, dass die Kantone hier zur Umsetzung sehr viel Zeit benötigen werden, weil es Informatikprogramme braucht usw. Ich bitte die Frau Bundesrätin und den Bundesrat, hier auch die Ausführungserlasse rechtzeitig vorzulegen, damit die Kantone tatsächlich genügend Zeit für die Vorbereitung des Vollzuges haben.

**Dreifuss** Ruth, conseillère fédérale: Permettez-moi de répondre à M. Stähelin que, pour nous, ce changement ne modifie strictement rien au programme de mise en oeuvre et que nous sommes très conscients que les cantons ont besoin de temps. En fait, si nous avons déjà fait cette proposition à la commission du Conseil national – et le plénum nous a suivis –, c'est pour garantir les droits démocratiques et la possibilité de lancer un référendum, étant donné que nous n'avons pas besoin de mettre en vigueur au 1er janvier 2001 l'Accord bilatéral sur la libre circulation des personnes. Il va de soi que nous continuons la préparation de l'ordonnance. Comme je l'ai promis à M. Briner, cela nous donne un tout

**Zwölfte Sitzung – Douzième séance**

Freitag, 6. Oktober 2000

Vendredi, 6 octobre 2000

08.00 h

00.9001

**Mitteilungen  
des Präsidenten  
Communications  
du président**

**Präsident** (Schmid Carlo, Präsident): Bevor wir zu den Schlussabstimmungen kommen, möchte ich Ihnen noch eine Mitteilung betreffend die Frühjahrssession 2001 in Lugano machen:

Sie haben gestern eine Dokumentation von Lugano und «Ticino Turismo» erhalten, welche informativen Charakter hat. Im Augenblick brauchen Sie nichts zu unternehmen, insbesondere auch keine Hotelbuchungen vorzunehmen. Sie werden in nächster Zeit weitere Informationen von den Parlamentsdiensten erhalten.

00.047

**Prämienverbilligung für Personen  
mit Wohnort in einem EG-Staat.  
Anderung  
des Krankenversicherungsgesetzes  
Réduction des primes des personnes  
résidant dans un Etat membre de la CE.  
Modification  
de la loi sur l'assurance-maladie****Schlussabstimmung – Vote final.**

Botschaft des Bundesrates 31.05.00 (BBl 2000 4083)

Message du Conseil fédéral 31.05.00 (FF 2000 3751)

Ständerat/Conseil des Etats 20.09.00

Nationalrat/Conseil national 25.09.00

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.00

Ständerat/Conseil des Etats 06.10.00

Nationalrat/Conseil national 06.10.00

**Bundesgesetz über die Krankenversicherung  
Loi fédérale sur l'assurance-maladie****Abstimmung – Vote**Für Annahme des Entwurfes .... 41 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

00.047

**Prämienverbilligung für Personen  
mit Wohnort in einem EG-Staat.  
Änderung  
des Krankenversicherungsgesetzes  
Réduction des primes des personnes  
résidant dans un Etat membre de la CE.  
Modification  
de la loi sur l'assurance-maladie**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Botschaft des Bundesrates 31.05.00 (BB1 2000 4083)

Message du Conseil fédéral 31.05.00 (FF 2000 3751)

Ständerat/Conseil des Etats 20.09.00

Nationalrat/Conseil national 25.09.00

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.00

Ständerat/Conseil des Etats 06.10.00

Nationalrat/Conseil national 06.10.00

---

**Bundesgesetz über die Krankenversicherung  
Loi fédérale sur l'assurance-maladie**

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00.047/901)

Für Annahme des Entwurfes .... 159 Stimmen

Dagegen .... 17 Stimmen


**Geschäft:** Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)

**Objet:** Loi fédérale sur l'assurance-maladie

**Gegenstand:** GesamtAbstimmung

**Objet du vote:** Vote sur l'ensemble

**Abstimmung vom / Vote du:** 25.09.2000 17:27:40

Abate	+	R	TI	Fattebert	+	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schlüer	+	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Favre	*	R	VD	Kunz	+	V	LU	Schmid Odilo	+	C	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Hans	*	V	ZH	Kurrus	+	R	BL	Schmied Walter	*	V	BE
Antille	+	R	VS	Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Lachat	*	C	IU	Schneider	*	R	BE
Baader Caspar	+	V	BL	Fehr Jacqueline	*	S	ZH	Lalive d'Epinay	+	R	SZ	Schwaab	*	S	VD
Bader Elvira	+	C	SO	Fehr Lisbeth	*	V	ZH	Laubacher	+	V	LU	Seiler Hanspeter	#	V	BE
Banga	+	S	SO	Fehr Mario	+	S	ZH	Lauper	*	C	FR	Siegrist	+	V	AG
Bangerter	*	R	BE	Fetz	+	S	BS	Leu	+	C	LU	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Baumann Alexander	*	V	TG	Fischer-Seengen	+	R	AG	Leutenegger Hajo	+	R	ZG	Sommaruga	+	S	BE
Baumann Ruedi	*	G	BE	Föhn	*	V	SZ	Leutenegger Susanne	*	S	BL	Speck	+	V	AG
Baumann Stephanie	+	S	BE	Freund	+	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Spielmann	+	-	GE
Beck	*	L	VD	Frey Claude	*	R	NE	Loepte	+	C	AI	Spuhler	*	V	TG
Berberat	*	S	NE	Frey Walter	+	V	ZH	Lustenberger	+	C	LU	Stahl	*	V	ZH
Bernasconi	+	R	GE	Gadient	+	V	GR	Maillard	+	S	VD	Stamm Luzi	*	R	AG
Bezzola	*	R	GR	Galli	*	C	BE	Maitre	+	C	GE	Steinegger	*	R	UR
Bigger	*	V	SG	Garbani	+	S	NE	Mariétan	*	C	VS	Steiner	+	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Genger	+	G	ZH	Martí Werner	+	S	GL	Strahm	+	S	BE
Binder	+	V	ZH	Giezendanner	*	V	AG	Marty Kälin	+	S	ZH	Studer Heiner	+	E	AG
Blocher	*	V	ZH	Glasson	+	R	FR	Maspoli	*	-	TI	Stump	*	S	AG
Borer	+	V	SO	Glur	*	V	AG	Mathys	+	V	AG	Suter	*	R	BE
Bortoluzzi	*	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Maurer	*	V	ZH	Teuscher	*	G	BE
Bosshard	*	R	ZH	Gonseth	+	G	BL	Maury Pasquier	+	S	GE	Thanei	+	S	ZH
Brunner Toni	*	V	SG	Grobet	+	S	GE	Meier-Schatz	+	C	SG	Theiler	*	R	LU
Bugnon	+	V	VD	Gross Andreas	*	S	ZH	Ménétreay Savary	+	G	VD	Tillmanns	+	S	VD
Bühmann	+	G	LU	Gross Jost	+	S	TG	Messmer	+	R	TG	Triponez	+	R	BE
Bührer	+	R	SH	Guisan	+	R	VD	Meyer Thérèse	+	C	FR	Tschäppät	*	S	BE
Cavalli	*	S	TI	Günter	+	S	BE	Mörgeli	*	V	ZH	Tschuppert	+	R	LU
Chappuis	+	S	FR	Gutzwiller	+	R	ZH	Mugny	+	G	GE	Vallender	+	R	AR
Chevrier	+	C	VS	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Müller Erich	*	R	ZH	Vaudroz Jean-Claude	+	C	GE
Chiffelle	+	S	VD	Gysin Remo	+	S	BS	Müller-Hemmi	+	S	ZH	Vaudroz René	*	R	VD
Christen	*	R	VD	Haering Binder	+	S	ZH	Nabholz	+	R	ZH	Vermot	*	S	BE
Cina	+	C	VS	Haller	+	V	BE	Neiryck	+	C	VD	Vollmer	+	S	BE
Cuche	+	G	NE	Hämmerle	*	S	GR	Oehri	+	V	BE	Waber Christian	*	E	BE
de Dardel	+	S	GE	Hassler	+	V	GR	Pedrina	+	S	TI	Walker Félix	+	C	SG
Decurtins	+	C	GR	Heberlein	+	R	ZH	Pelli	+	R	TI	Walter Hansjörg	+	V	TG
Donzé	+	E	BE	Hegetschweiler	*	R	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Dormann Rosemarie	+	C	LU	Heim	+	C	SO	Polla	+	L	GE	Wasserfallen	+	R	BE
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hess Bernhard	+	-	BE	Raggenbass	*	C	TG	Weigelt	+	R	SG
Dunant	+	V	BS	Hess Peter	*	C	ZG	Randegger	*	R	BS	Weyeneth	*	V	BE
Dupraz	*	R	GE	Hess Walter	+	C	SG	Rechsteiner Paul	*	S	SG	Widmer	+	S	LU
Durrer	*	C	OW	Hofmann Urs	*	S	AG	Rechsteiner-Basel	*	S	BS	Widrig	+	C	SG
Eberhard	*	C	SZ	Hollenstein	+	G	SG	Rennwald	+	S	IU	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Hubmann	+	S	ZH	Riklin	+	C	ZH	Wittenwiler	+	R	SG
Eggly	*	L	GE	Imhof	*	C	BL	Robbiani	+	C	TI	Wyss Ursula	*	S	BE
Ehrler	*	C	AG	Janiak	+	S	BL	Rossini	+	S	VS	Zäch	+	C	AG
Engelberger	+	R	NW	Joder	*	V	BE	Ruey	*	L	VD	Zanetti	+	S	SO
Estermann	*	C	LU	Jossen	+	S	VS	Sandoz Marcel	*	R	VD	Zapfl	*	C	ZH
Eymann	*	L	BS	Jutzet	*	S	FR	Schenk	*	V	BE	Zbinden	+	S	AG
Fasel	+	G	FR	Kaufmann	+	V	ZH	Scherer Marcel	+	V	ZG	Zisyadis	+	-	VD
Fässler	+	S	SG	Keller Robert	+	V	ZH	Scheurer Rémy	+	L	NE	Zuppiger	*	V	ZH

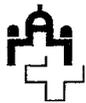
+ ja / oui / si                   \* entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente  
 = nein / non / no               hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato  
 o enth. / abst. / ast.         # Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

**Ergebnisse / Résultats:**

Gesamt / Complète / Tutto		Fraktion / Groupe / Gruppo	C	D	F	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	126	ja / oui / si	23	0	0	8	2	26	37	3	24	3
nein / non / no	0	nein / non / no	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
enth. / abst. / ast.	0	enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
entschuldigt / excusé / scusato	73	entschuldigt / excusé / scusato	12	0	0	2	4	17	15	2	19	2

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Bedeutung Nein / Signification de non:


**Geschäft:** Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)

**Objet:** Loi fédérale sur l'assurance-maladie

**Gegenstand:** Schlussabstimmung

**Objet du vote:** Vote final

**Abstimmung vom / Vote du:** 06.10.2000 08:33:08

Abate	*	R	TI	Fattebert	+	V	VD	Kofmel	+	R	SO	Schluer	=	V	ZH
Aeppli Wartmann	*	S	ZH	Favre	*	R	VD	Kunz	+	V	LU	Schmid Odilo	+	C	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fehr Hans	=	V	ZH	Kurrus	+	R	BL	Schmied Walter	+	V	BE
Antile	+	R	VS	Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Lachat	+	C	IU	Schneider	+	R	BE
Baader Caspar	+	V	BL	Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Lalivé d'Epinau	+	R	SZ	Schwaab	*	S	VD
Bader Elvira	+	C	SO	Fehr Lisbeth	+	V	ZH	Laubacher	=	V	LU	Seiler Hanspeter	#	V	BE
Banga	+	S	SO	Fehr Mario	*	S	ZH	Lauper	*	C	FR	Siegrist	+	V	AG
Bangerter	+	R	BE	Fetz	+	S	BS	Leu	+	C	LU	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Baumann Alexander	+	V	TG	Fischer-Seengen	+	R	AG	Leutenegger Hajo	+	R	ZG	Sommeruga	+	S	BE
Baumann Ruedi	+	G	BE	Föhn	o	V	SZ	Leutenegger Susanne	*	S	BL	Speck	+	V	AG
Baumann Stephanie	+	S	BE	Freund	+	V	AR	Leuthard	+	C	AG	Spielmann	+	-	GE
Beck	+	L	VD	Frey Claude	+	R	NE	Loepfe	+	C	AI	Spuhler	+	V	TG
Berberat	+	S	NE	Frey Walter	+	V	ZH	Lustenberger	+	C	LU	Stahl	=	V	ZH
Bemasconi	+	R	GE	Gadient	+	V	GR	Maillard	+	S	VD	Stamm Luzi	+	R	AG
Bezzola	+	R	GR	Galli	+	C	BE	Maitre	+	C	GE	Steinegger	+	R	UR
Bigger	=	V	SG	Garbani	+	S	NE	Mariétan	+	C	VS	Steiner	+	R	SO
Bignasca	*	-	TI	Genner	+	G	ZH	Marti Werner	+	S	GL	Strahm	+	S	BE
Binder	=	V	ZH	Giezendanner	=	V	AG	Marty Kälin	+	S	ZH	Studer Heiner	+	E	AG
Blocher	=	V	ZH	Glasson	+	R	FR	Maspoli	*	-	TI	Stump	+	S	AG
Borer	+	V	SO	Glur	*	V	AG	Mathys	=	V	AG	Suter	*	R	BE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Maurer	+	V	ZH	Teuscher	+	G	BE
Bosshard	+	R	ZH	Gonseth	+	G	BL	Maury Pasquier	+	S	GE	Thanei	+	S	ZH
Brunner Toni	=	V	SG	Grobet	+	S	GE	Meier-Schatz	+	C	SG	Theiler	+	R	LU
Bugnon	+	V	VD	Gross Andreas	*	S	ZH	Ménétreu Savary	+	G	VD	Tillmanns	+	S	VD
Bühlmann	+	G	LU	Gross Jost	+	S	TG	Messmer	+	R	TG	Triponez	+	R	BE
Bührer	*	R	SH	Guisan	+	R	VD	Meyer Thérèse	*	C	FR	Tschäppät	+	S	BE
Cavalli	*	S	TI	Günter	+	S	BE	Mörgeli	=	V	ZH	Tschuppert	+	R	LU
Chappuis	+	S	FR	Gutzwiller	+	R	ZH	Mugny	+	G	GE	Vallender	+	R	AR
Chevrier	+	C	VS	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL	Müller Erich	*	R	ZH	Vaudroz Jean-Claude	+	C	GE
Chiffelle	+	S	VD	Gysin Remo	+	S	BS	Müller-Hemmi	+	S	ZH	Vaudroz René	+	R	VD
Christen	+	R	VD	Haering Binder	+	S	ZH	Nabholz	+	R	ZH	Vermot	+	S	BE
Cina	+	C	VS	Haller	+	V	BE	Neirynck	+	C	VD	Vollmer	+	S	BE
Cuche	+	G	NE	Hämmerle	+	S	GR	Oehrlí	+	V	BE	Waber Christian	+	E	BE
de Dardel	+	S	GE	Hassler	+	V	GR	Pedrina	+	S	TI	Walker Félix	+	C	SG
Decurtins	+	C	GR	Heberlein	+	R	ZH	Pelli	+	R	TI	Walter Hansjörg	+	V	TG
Donzé	+	E	BE	Hegetschweiler	+	R	ZH	Pfister Theophil	=	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Dormann Rosemarie	+	C	LU	Heim	+	C	SO	Polla	*	L	GE	Wasserfallen	+	R	BE
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hess Bernhard	*	-	BE	Raggenbass	+	C	TG	Weigelt	+	R	SG
Dunant	=	V	BS	Hess Peter	+	C	ZG	Randegger	+	R	BS	Weyeneth	+	V	BE
Dupraz	+	R	GE	Hess Walter	+	C	SG	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Widmer	+	S	LU
Durrer	+	C	OW	Hofmann Urs	+	S	AG	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Widrig	+	C	SG
Eberhard	+	C	SZ	Hollenstein	+	G	SG	Rennwald	+	S	IU	Wiederkehr	*	E	ZH
Egerszegi	+	R	AG	Hubmann	+	S	ZH	Riklin	+	C	ZH	Wittenwiler	+	R	SG
Eggy	*	L	GE	Imhof	+	C	BL	Robbiani	*	C	TI	Wyss Ursula	+	S	BE
Ehrler	+	C	AG	Janiak	+	S	BL	Rossini	+	S	VS	Zäch	+	C	AG
Engelberger	+	R	NW	Joder	+	V	BE	Ruey	+	L	VD	Zanetti	+	S	SO
Estermann	*	C	LU	Jossen	+	S	VS	Sandoz Marcel	+	R	VD	Zapfi	+	C	ZH
Eymann	+	L	BS	Jutzet	+	S	FR	Schenk	+	V	BE	Zbinden	+	S	AG
Fasel	+	G	FR	Kaufmann	=	V	ZH	Scherer Marcel	=	V	ZG	Zisyadis	+	-	VD
Fässler	+	S	SG	Keller Robert	+	V	ZH	Scheurer Rémy	+	L	NE	Zuppiger	=	V	ZH

+ ja / oui / si                      \* entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente  
 = nein / non / no                      hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato  
 o enth. / abst. / ast.                      # Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes

**Ergebnisse / Résultats:**

Gesamt / Complète / Tutto	Fraktion / Groupe / Gruppo	C	D	F	G	L	R	S	E	V	-
ja / oui / si	ja / oui / si	31	0	0	10	4	38	46	4	24	2
nein / non / no	nein / non / no	0	0	0	0	0	0	0	0	17	0
enth. / abst. / ast.	enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
entschuldigt / excusé / scusato	entschuldigt / excusé / scusato	4	0	0	0	2	5	6	1	1	3

Bedeutung Ja / Signification de oui:  
 Bedeutung Nein / Signification de non: